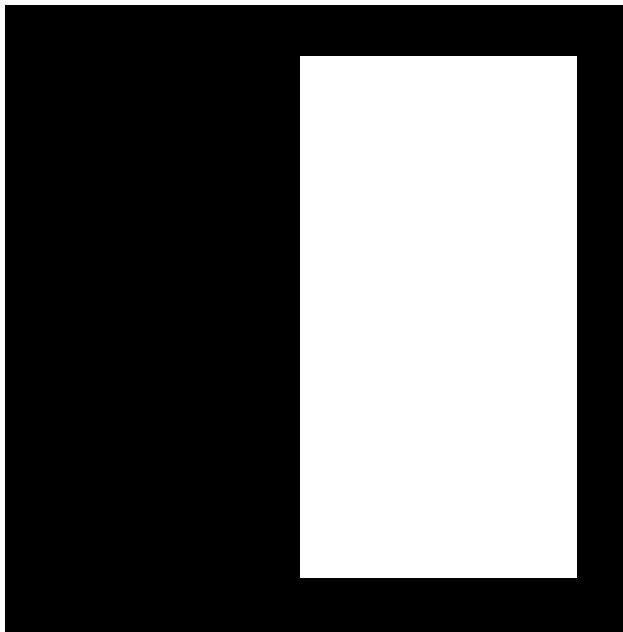


kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



FOLGEN VON ARBEITSLOSIGKEIT

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

5 | Juni 2006

Folgen von Arbeitslosigkeit

Arbeitslose: Menschen zweiter Klasse?	4
Arbeitslosigkeit 2005 weltweit auf neuem Höchststand	7
Personen mit Behinderungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt	9
Steigende Arbeitslosigkeit bei steigender Erwerbstätigkeit	12
Macht Arbeitslosigkeit krank?	14
Psychische Belastungen bei Arbeitslosigkeit	15
Realverlust bei Arbeitslosenleistungen	17
Arbeitslose wollen mehr Zeit für intensivere Beratung	18

Spektrum

Einstellung zum Wohlfahrtsstaat in Österreich	20
Die EU und die USA im PISA-Vergleich	24
"Das Private ist politisch!"	29
Auszeichnungen für Studien zur Arbeitswelt	31
Social Inclusion Policy - Das belgische Modell	32

Buchtipps	33
------------------	----

Veranstaltungen	35
------------------------	----

Liebe Leserin, lieber Leser!

"Arbeitslose sind zu faul zum Arbeiten und nutzen nur die Sicherungsleistungen des Staates aus" - wer hätte diesen "populären" Vorwurf nicht schon irgendwo vernommen. Bedenklich stimmt, dass Vorurteile wie dieses offenbar derart internalisiert sind, dass sie teilweise von Arbeitslosen selbst gegenüber anderen Schicksalsgenossen erhoben werden, wie die Tübinger Arbeitspsychologin Gisela Mohr feststellt. Allerdings geht die Unterstellung, dass Arbeitslos-Sein für viele ein anstrebenswerter Zustand ist, kaum konform mit der Tatsache, dass Arbeitslosigkeit meistens der entscheidende Faktor ist, der Menschen in die Armut treibt. Rund zwei Drittel der Menschen, die sich an die Beratungsstellen der Caritas wenden, sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Verwunderlich ist dies nicht: Etwa die Hälfte der Arbeitslosengeldbezüge liegt hierzulande unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionist/innen, der informellen Armutsgrenze.

Kein Job, wenig Geld - Umstände, die nicht eben angetan sind, das subjektive Befinden zu heben: Die Lebenszufriedenheit von Langzeitarbeitslosen ist ebenso gering wie diejenige von Menschen, die dauerhaft gesundheitlich eingeschränkt sind und einfacher Pflege bedürfen, erbrachte eine deutsche Studie. Das Zufriedenheitsniveau von Langzeitarbeitslosen ist dabei in den letzten fünf Jahren ständig gesunken, während es bei den übrigen untersuchten Gruppen relativ stabil blieb. Auch die psychische und physische Gesundheit wird durch Arbeitslosigkeit stark beeinträchtigt, wobei es sich hier um einen Wechselwirkungsprozess handelt: Zum einen sind Menschen, die häufig krank sind, eher von Arbeitslosigkeit bedroht, zum anderen weisen Arbeitslose - unabhängig von Alter und Familiensituation - eine höhere Morbidität auf. Erklärt wird dies vor allem durch die finanzielle Unsicherheit und den Wegfall der Tagesstruktur.

Aber nicht nur die Gesundheit der (akut) Betroffenen wird durch Arbeitslosigkeit bedroht, sondern auch diejenige der (noch) Beschäftigten: So ergab eine ungarische Untersuchung, dass etwa das Rauchen weniger Einfluss auf das Herzinfarkttrisiko hat als Arbeitslosigkeit oder die Angst vor dem Jobverlust. Einer brasilianischen Studie zufolge leiden vor allem männliche Angestellte unter Job-Unsicherheit und befürchten, falls sie Kritik üben, als nächste abgebaut zu werden.

In Österreich haben immerhin rund ein Fünftel der Beschäftigten bzw. ca. 600.000 Personen Angst um ihren Arbeitsplatz (vgl. Spectra aktuell 2/05).

Negativ auf das psychische Befinden wirken sich nicht zuletzt enttäuschte Erwartungshaltungen aus. Insofern ist es für Arbeitslose doppelt bitter, wenn sie ein geringfügiges oder temporäres Beschäftigungsverhältnis eingehen, das dann nicht in eine dauerhafte Anstellung mündet, oder wenn sie trotz des Absolvierens einer Qualifizierungsmaßnahme keinen Job finden, sondern weiterhin nur Absagen bekommen. Hier werden Hoffnungen aufgebaut, die sich letztlich nicht erfüllen.

Der Planung und Ausgestaltung von Qualifizierungsmaßnahmen und der Zuordnung bestimmter Personen(gruppen) zu diesen sollte man daher verstärkte Aufmerksamkeit widmen. Von der Arbeiterkammer befragte Arbeitsuchende wünschen sich diesbezüglich eine stärkere Berücksichtigung der eigenen Karrierepläne und eine bessere Qualität der Maßnahmen, sodass "die richtigen Personen in den richtigen Kursen sitzen". Bewährt haben sich der Umfrage zufolge individuelle Betreuungspläne, die nunmehr gemeinsam mit den Arbeitsuchenden ausgearbeitet werden und welche die persönliche Situation der Betroffenen (Betreuungspflichten, Mobilität, eventuelle gesundheitliche Einschränkungen) mit berücksichtigen. Viele Befragte beklagen allerdings, dass für eine umfassende Beratung zu wenig Zeit zur Verfügung steht. Der Hauptgrund: Die knappen Personalressourcen beim Arbeitsmarktservice (AMS), deren Ausweitung daher dringend erforderlich erscheint.

Auch scheint es geboten, die Ersatzrate bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, wo zuletzt reale Verluste verzeichnet wurden, anzuhoben und so zu einer Verbesserung der materiellen Situation der Arbeitslosen beizutragen. Da der Untersuchung von Grausgruber zufolge knapp drei Viertel der Österreicher/innen die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose als staatliche Aufgabe sehen, dürfte die öffentliche Akzeptanz eines dahingehenden Schrittes durchaus gegeben sein, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Arbeitslose: Menschen zweiter Klasse?

Am 30. April, am Vorabend des Tags der Arbeit, wurde auch heuer wieder der „Tag der Arbeitslosen“ begangen. Aus diesem Anlass nahmen in einer Pressekonferenz Caritas-Direktor Mathias Mühlberger, Bischof Ludwig Schwarz und Christian Winkler von der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung zum Thema Arbeitslosigkeit Stellung.

In der täglichen Arbeit der Caritas zeigt sich sehr deutlich: Arbeitslosigkeit ist meistens der entscheidende Faktor, der Menschen in die Armut treibt, berichtete Mathias Mühlberger, stellvertretender Kollegiumsvorsitzender der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung und Direktor der Caritas in Oberösterreich. Rund zwei Drittel der Menschen, die sich an die Beratungsstellen der Caritas wenden, sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Für viele bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes den Beginn eines zermürbenden Existenzkampfes. Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung wirken nicht immer existenzsichernd: 50 Prozent der Arbeitslosengeldbezüge liegen unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz in der Pensionsversicherung, der informellen Armutsgrenze.

Gerade wenn Menschen mehrmals von Arbeitslosigkeit betroffen sind, steigt die Gefahr, in die Armutsfalle zu geraten. Denn meistens sind die Betroffenen gezwungen, einen schlechter bezahlten Job annehmen zu müssen. Bei erneuter Arbeitslosigkeit verringert sich dann bei Jüngeren auch das Arbeitslosengeld. Und gerade für Frauen mit Kindern ist es nach einer Trennung vom Partner oft schwer, eine Arbeit zu finden, die sich mit der Kinderbetreuung vereinbaren lässt und gleichzeitig so entlohnt wird, dass man auch davon leben kann, so Mühlberger.

Zu wenige Maßnahmen für Menschen mit Vermittlungshemmnissen

Die Arbeitsmarktlage bringt mich sich, dass Arbeitskräfte immer rigoroser „ausgesiebt“ werden. Wenn, wie in Oberösterreich, auf eine offene Stelle im Durchschnitt sieben Arbeitsuchende kommen, dann bleiben insbesondere Menschen mit Handicaps zurück. Krankheit, körperliche und psychische Beeinträchtigungen oder auch ein höheres Alter wirken sich als „Vermittlungshemmnisse“ aus. Die Chancen der Betroffenen auf einen Arbeitsplatz sind gering,

Langzeitarbeitslosigkeit ist meist die Folge. Und umso länger die Arbeitslosigkeit andauert, umso größer werden die psychischen Belastungen.

Daraus resultieren wieder psychosomatische Erkrankungen und das Selbstwertgefühl wird so weit beeinträchtigt, dass sich Vermittlungshemmnisse schließlich potenzieren. Wenn Schulungsmaßnahmen des Arbeitsmarktservice (AMS) dann auch nicht die erhofften Erfolge bringen, steigt die Hoffnungslosigkeit.

Auswege aus diesem Teufelskreis könnten sozialökonomische Projekte bringen, die Menschen mit Handicaps zumindest zeitlich befristet Beschäftigung bieten. So ist etwa das Fahrradzentrum B7 in Linz eine Initiative, die Betroffenen neben einem existenzsichernden Einkommen auch die Chance bietet, ihre Fähigkeiten einzusetzen und neue Perspektiven zu gewinnen. Es gibt aber viel zu wenige solcher Projekte, die von der öffentlichen Hand gefördert werden. Sie sollten zu einem fixen Bestandteil aktivierender Arbeitsmarktpolitik werden.

„Wir müssen also auf der einen Seite alles tun, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Gleichzeitig brauchen wir aber auch eine echte Existenzsicherung für alle von Arbeitslosigkeit Betroffenen und Beschäftigungsprojekte für Menschen, die aus verschiedenen Gründen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben“, fordert Mühlberger.

Arbeitslosigkeit als Massenphänomen

Quantitativ gesehen ist Arbeitslosigkeit längst zu einem Massenphänomen geworden, das jeden treffen kann. Qualitativ sei Arbeitslosigkeit heute leider immer noch ein Synonym für individuelles Versagen und der vorgezeichnete Weg in die soziale Isolation. Die Fahne mit der Aufschrift „Jeder, der arbeiten will, bekommt auch Arbeit“ wird weiter hochgehalten. Dass nicht genügend Arbeit für alle da ist, wird tabuisiert.

Mühlberger konstatiert einen tiefen Riss, der sich durch unsere Gesellschaft zieht: „Jene, die Arbeit haben, sind integriert. Jene, die keine Arbeit haben, werden ausgemustert und ausgegrenzt. Arbeitslos zu sein ist ein schlimmer Makel, ja geradezu eine „soziale Krankheit“, von der Ansteckungsgefahr befürchtet wird. Betroffene sind dadurch einem enormen psychischen Druck ausgesetzt. Sie schämen sich für ihre Situation, versuchen sie mit allen Mitteln zu verbergen. Das erzeugt einen ungeheuren psychischen Stress, der dann tatsächlich auch krank machen kann.“

Erst ein Ende der Stigmatisierung von Arbeitslosen wird deren Situation nachhaltig verbessern und auch gesellschaftlich ein Klima ermöglichen, in dem bewusst ist, dass Arbeitslosigkeit ein Problem ist, das uns alle angeht und das wir auch gemeinsam bewältigen müssen, meinte Mühlberger abschließend.

Einsatz für die Menschen

Der Linzer Bischof Ludwig Schwarz bezog sich in seinem Statement auf den Sozialhirtenbrief von 1990, in dem die Bischöfe schrieben: „Wir fühlen uns verpflichtet, eindringlich unsere Stimme zu erheben, weil wir den Eindruck haben, als hätte man sich mit einer bestimmten Arbeitslosenrate bereits abgefunden.“ Weiters zitierte er aus dem Ökumenischen Sozialwort der christlichen Kirchen, in dem das Thema Arbeitslosigkeit gleichfalls angesprochen wurde:

„Aus den vielen Erfahrungen mit Arbeitslosen wissen die Kirchen, dass die meisten Menschen arbeiten wollen und dringend nach einer Arbeit suchen, die ihnen Einkommen, Selbstwert und soziale Sicherheit vermittelt. Es ist Aufgabe des Staates, durch eine entsprechende Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die Voraussetzungen für ein ausreichendes Angebot von Arbeitsplätzen zu schaffen. Darüber hinaus braucht es Weiterbildungsangebote und eine den Lebensbedarf abdeckende Existenzsicherung in der Zeit der Erwerbs-

losigkeit, um das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit zu verwirklichen. (...) Jeder Mensch hat Würde - unabhängig von Erwerbsarbeit und Leistung. Darum bedarf es einer gerechten Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichem Einkommen.“

Auch die Aufgabe der Kirchen, Arbeitslosen-Stiftungen und Projekte zur Integration von arbeitslosen Menschen zu fördern, wird im ökumenischen Sozialwort angesprochen.

Bischöfliche Arbeitslosenstiftung

In Linz gibt es seit 1987 die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung. Diese konnte dank der vielen Spenderinnen und Spender bislang über zwei Millionen Euro an hilfeschuchende arbeitslose Menschen und an Einrichtungen vergeben, die arbeitslose Menschen beraten oder ausbilden. Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung steht somit für Hilfe für Betroffene, sie ist eine Erstanlaufstelle, fördert Einrichtungen, die arbeitslose Menschen unterstützen, leistet Bewusstseinsbildung, ist Informationsstelle und betreibt ein eigenes Projekt, das JONA-Personalservice, informierte Christian Winkler, der Geschäftsführer der Stiftung.

„Bei uns melden sich immer mehr Menschen, die trotz vieler Bemühungen und hoher Bereitschaft sich zu verändern, keinen Arbeitsplatz finden können“, so

Meliha berichtet über ihren schwierigen Start ins Berufsleben

Wie ging bei dir nach der Schule der Start ins Berufsleben los?

Nachdem ich die HTL-Tiefbau abgebrochen habe, war ich einige Zeit arbeitslos, dann machte ich einen NAP-Kurs im Wifi. Ich wollte aber immer, schon seit ich 14 Jahre alt war, Kfz-Mechanikerin werden, mich interessieren Autos schon lange, außerdem finde ich, dass Mädchen in technischen Berufen mindestens genauso gut sein können wie Burschen.

Drei oder vier Betriebe habe ich mir anschauen können, habe dort geschnuppert, ... ich war sehr enttäuscht, dass es nix mit einer Lehrstelle geworden ist, einmal hab ich mich ein wenig ausgenutzt gefühlt, da der Chef erst einen Tag später draufgekommen ist, dass er doch kein Mädchen als Lehrling nimmt.

Wie ist es dir in der Zeit der Arbeitslosigkeit ergangen?
In der Zeit der Lehrstellensuche ist es mir ziemlich schlecht gegangen, ich habe aber nie die Hoffnung schlecht gegeben. Ich wollte einfach nur eine Lehrstelle

als Kfz-Mechanikerin. Trotz Frust habe ich nie meinen Traum aufgegeben.

Wie bist du zu deiner jetzigen Ausbildungsstelle gekommen?

Dann in der Produktionsschule hat es mir gut gefallen, da gab es verschiedene Werkstätten, Holz, Kreatives, ... Dann erhielt ich das Angebot einer Lehrstelle bei den ÖBB, Elektrotechnikerin oder Maschinenbautechnikerin, vom AMS gefördert, drei Jahre Lehrzeit, mit Lehrvertrag. Dort ist es ein Wahnsinn, weil ich schon vieles machen kann und darf, jeder hat einen eigenen Arbeitsplatz, ...

Was hat dich am meisten gefreut und was am meisten enttäuscht?

Am meisten enttäuscht hat mich, das es ein so großes Problem war, als Mädchen einen technischen Beruf zu erlernen. Am meisten gefreut hat mich ein Anruf bei einer Autowerkstätte. Die sagten auf die Frage, ob sie weibliche Lehrlinge nehmen, sie würden diese sehr gerne aufnehmen. Viele junge Leute aus meinem Bekanntenkreis machen viele kurze Jobs, im Gastgewerbe, bei Putzfirmen etc.

Winkler weiter. Zum „Tag der arbeitslosen Menschen“ am 30. April, dem Vortag des „Tages der Arbeit“, wolle er deshalb ein realistisches Bild der Arbeitslosigkeit zeigen.

Arbeitslosigkeit betreffe schon seit langem nicht mehr nur eine Randgruppe. In Oberösterreich waren 110.633 Menschen im Jahr 2005 von Arbeitslosigkeit betroffen, das ist etwa jede/r fünfte Beschäftigte. In

Aufgaben und Ziele der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung

Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung wurde als Antwort auf die steigende Arbeitslosigkeit 1987 von Diözesanbischof Maximilian Aichern gegründet. Sie soll kräftige Zeichen des Teilens mit arbeitslosen Menschen setzen. In der Kirche ist sie Fachstelle zum Thema Arbeitslosigkeit und Erstanlaufstelle für Hilfesuchende. Die Stiftung engagiert sich in vielfältiger Weise für und mit arbeitslosen Menschen im Rahmen von Projekten und Initiativen mit folgenden Zielen und inhaltlichen Schwerpunkten:

- *Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit über Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit in Kirche und Gesellschaft*
- *Unterstützung von arbeitslosen Menschen und Stärkung der Selbsthilfe*
- *Beratung und finanzielle Unterstützung (Beihilfen oder Darlehen) von konkreten gemeinnützigen Projekten und Maßnahmen, die arbeitslose Menschen beraten, begleiten, betreuen oder bilden*
- *Zusammenarbeit mit Organisationen, Institutionen und Ämtern, die sich mit Arbeitslosigkeit beschäftigen*
- *Vernetzung bereits bestehender sowie Initiierung und Mithilfe beim Aufbau neuer Projekte und Initiativen*

Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung ist zudem Trägerin des sozialen Personalleasingprojektes JONA und der Arbeitsstiftung der Diözese Linz.

BISCHÖFLICHE ARBEITSLOSENSTIFTUNG
4020 Linz, Stifterstr. 28/2, Tel.: 0732/781370, Fax:
DW 4, Mail: arbeitslosenstiftung@dioezese-linz.at,
Web: www.dioezese-linz.at/arbeitslosenstiftung
Konto 10.653.210, VKB-Bank Linz, BLZ 18 600

Österreich waren es 801.521 Menschen oder etwa jede/r vierte Beschäftigte.

„Die Arbeitslosigkeit in Österreich und auch in Oberösterreich steigt und steigt und die Verantwortlichen nehmen das hin. Es ist zwar immer wieder die Rede davon, dass den Politikern die Arbeitslosigkeit eine große Sorge ist, gerade auch in Oberösterreich, aber wenn man unterm Strich die Zahlen betrachtet, verschlimmert sich die Lage von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr. Das geäußerte Bemühen, für mehr Beschäftigung zu sorgen, hat keine reale Wirkung bei den Arbeitslosenzahlen“, kritisierte Winkler. So habe sich die Arbeitslosenzahl von 1973 bis 2005 von 31.327 auf 345.000, d.h. um mehr als das elffache erhöht! Im März 2006 betrug das Verhältnis offene Stellen zu Arbeitslose in Oberösterreich 1:7 und in Österreich gesamt 1:13.

Bei arbeitslosen Menschen nimmt die Hoffnungslosigkeit zu

Gute Arbeitsplätze sind nicht oder nur selten in Sicht. Neue Arbeitsplätze sind vor allem Teilzeit-Jobs, nur befristet oder sogar nur geringfügige Jobs. Winkler berichtete über Gespräche mit Betroffenen: „Viele erzählen, dass sie jede Stelle annehmen würden, die nur halbwegs passt, aber das AMS hat keine Stelle und auch über ihre eigenen Aktivitäten finden sie nichts.“ Eine Wiedereinsteigerin versuchte sogar über ein unbezahltes „Praktikum“ einen Einstieg. Besonders dramatisch wirke sich diese Situation für Jugendliche aus, die vom Beginn ihres Berufslebens an mit großen Enttäuschungen zurecht kommen müssen. Christian Winkler: „Die schlechten Aussichten, einen Arbeitsplatz zu bekommen, schlagen sich bei vielen aufs Gemüt, es macht sich nach unserer Wahrnehmung bei einer größeren Gruppe der arbeitslosen Menschen Hoffnungslosigkeit breit. Besonders bei Älteren, die kaum noch Hoffnung haben, dass sie eine Firma nimmt. Das belastet auch jene, die diese Menschen beraten oder betreuen; wenn wir sie motivieren müssen, aber wissen, in einiger Zeit sind die selben Menschen wieder da, freiwillig oder zugewiesen.“

Lösungsvorschläge

Abschließend nannte Winkler eine Reihe von Lösungsvorschlägen zur Verbesserung der Situation. Diese seien „bekannt, sie gehören endlich umgesetzt“:

- Förderung der Innovation bei nachhaltigen und zukunftsfähigen Technologien (erneuerbare Energiequellen, Energiesparmaßnahmen)
- Ausgleichende Steuerpolitik mit Entlastung des Faktors Arbeit. Stärkere – aufkommensneutrale –

Besteuerung des Ressourcenverbrauches oder der gesamten Wertschöpfung. Höhere Besteuerung der Vermögen, Gewinne oder Finanzerträge (da hier keine Produktivitätsfortschritte erzielt werden), Umverteilen in den Sozialbereich.

- Bildungssystem und Ausbildung an aktuelle Standards anpassen. Das sichert den Arbeits- und Wirtschaftsstandort. Fachkräfteausbildung nicht dem kurzfristigen Gewinn opfern.
- Arbeitszeit generell verringern und besser verteilen (da laufend Produktivitätsfortschritt), Abbau von Überstunden, Weiterbildungskarenz oder Sabbatjahre ausbauen.
- Soziale Dienstleistungen und Gesundheitsvorsorge ausbauen und staatliche Förderung auswei-

ten, da der Markt diese Dienste nicht allen Menschen gleichermaßen bereitstellen kann.

- Verbesserung der Qualifikation arbeitsloser Menschen, um beim Technologiefortschritt mithalten zu können und Arbeitskräfte entsprechend dem Strukturwandel zu qualifizieren.
- Soziale Kompetenzen stärken zur Reintegration längere Zeit arbeitsloser Menschen. Eine eigenständige Existenzsicherung muss ermöglicht werden.

Quelle: Diözese Linz, Pressestelle, Unterlagen zur Pressekonferenz vom 25.4.2006

Arbeitslosigkeit 2005 weltweit auf neuem Höchststand

Trotz Wirtschaftswachstum hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessert, zeigt der diesjährige ILO-Bericht über globale Beschäftigungstrends.

Die Zahl der Arbeitslosen auf der Welt erreichte 2005 trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums von 4,3 Prozent einen neuen Höchststand. 191,8 Millionen Menschen waren Ende 2005 arbeitslos, 2,2 Millionen mehr als 2004 und 34,4 Millionen mehr als 1995. Die Arbeitslosenquote weltweit blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 6,3 Prozent. Dies ist das Ergebnis des globalen Berichts über Beschäftigungstrends (Global Employment Trends Brief), den die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf vorgelegt hat.

"Der diesjährige Bericht zeigt einmal mehr, dass Wirtschaftswachstum allein die globalen Arbeitsmarktprobleme nicht zu lösen vermag", sagte ILO-Generaldirektor Juan Somavia. Dies müsse bei der Armutsbekämpfung berücksichtigt werden. "Wir sehen uns mit einer Beschäftigungskrise gigantischen Ausmaßes konfrontiert, die sich nicht von selbst auflösen wird. Wir brauchen daher neue Politikansätze, um diese Probleme anzugehen", so Somavia weiter.

In den Industrieländern einschließlich der Europäischen Union sank die Arbeitslosenquote immerhin von 7,1 Prozent im Vorjahr auf 6,7 Prozent Ende

2005. Der größte Anstieg bei der Arbeitslosigkeit, von 7,4 auf 7,7 Prozent, ergab sich dagegen in Lateinamerika und der Karibik. In Osteuropa (außerhalb der EU) und den ehemaligen Sowjet-Republiken stieg die Quote von 9,5 auf 9,7 Prozent. Ostasien verzeichnete mit unverändert 3,8 Prozent die niedrigste Arbeitslosigkeit, während Nordafrika und der Nahe Osten mit 13,2 Prozent den höchsten Stand aufweisen.

In den meisten Volkswirtschaften gelang es nicht, ein wachsendes Inlandsprodukt in mehr Arbeitsplätze oder höhere Löhne und Gehälter zu übersetzen. Zusammen mit den gestiegenen Energiepreisen und Naturkatastrophen in zahlreichen Ländern hatte dies negative Auswirkungen vor allem für die ärmeren Bevölkerungsteile.

Nur 14,5 Millionen der weltweit 500 Millionen erwerbstätigen Armen gelang es somit im vergangenen Jahr, die absolute Armutsgrenze von einem US-Dollar Einkommen pro Tag zu überspringen. Von den 2,8 Milliarden Erwerbstätigen auf der Welt haben 1,4 Milliarden keine ausreichenden Einkünfte, um mit ihren Familien über die Grenze von zwei Dollar pro Tag zu kommen. Das sind immer noch genauso viele Menschen wie vor zehn Jahren, stellt die ILO in ihrem Bericht fest.

Jugendliche am schlimmsten von Arbeitslosigkeit betroffen

Von der Arbeitslosigkeit am schlimmsten betroffen sind dem ILO-Bericht zufolge Jugendliche, die rund ein Viertel der Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausmachen. Rund die Hälfte der Arbeitslosen

weltweit ist in der Altersgruppe zwischen 15 und 24 Jahren.

Armutsbekämpfung kann nur mit Hilfe von mehr und besseren Arbeitsplätzen erreicht werden, so die Schlussfolgerung der ILO. Die Überzeugung, dass Beschäftigung in den Mittelpunkt von Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik gerückt werden muss, setzt sich in der internationalen Politik zunehmend durch, wie etwa der UNO-Weltgipfel im vergangenen September zeigte.

ILO-Generaldirektor Somavia: Globale Beschäftigungskrise hat weitreichende Folgen

Auch beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos nahm ILO-Generaldirektor Juan Somavia zur globalen Beschäftigungskrise Stellung. Diese habe weitreichende politische Folgen:

- In vielen Ländern macht sich aufgrund hoher Arbeitslosigkeit Enttäuschung breit, dass Demokratie nicht automatisch die wirtschaftliche Situation verbessert. Dies wiederum kann zur Bedrohung für die demokratischen Institutionen werden.
- Wahlen werden gewonnen mit dem Versprechen, mehr und bessere Jobs zu schaffen. Aber wenn die Versprechen nicht eingehalten werden können, leidet die Glaubwürdigkeit der jeweiligen Parteien darunter – was populistischen oder autoritären Strömungen Aufschwung geben kann.
- Der Widerstand gegen ökonomische Reformen wächst, da viele Menschen das Gefühl haben, Verlierer der Globalisierung zu sein.
- Protektionistische Tendenzen sind auf dem Vormarsch.
- Forderungen nach stärkerer Begrenzung der Migration mit fremdenfeindlichem Unterton werden lauter.
- Die Arbeitsplatzunsicherheit, die viele mit der Globalisierung in Zusammenhang bringen, wächst und führt selbst in der Mittelschicht zu einer Erosion des Sicherheitsgefühls. Die neue Konkurrenz durch Länder wie China und Indien mag zwar zu einer neuen Wirtschaftsdynamik führen, aber eben auch zu mehr Unsicherheit.

Selbst die Wirtschaft zahle einen hohen Preis für den Mangel an menschenwürdiger Arbeit, nicht nur in Bezug auf die Unternehmensgewinne, sondern auch, was die öffentliche Akzeptanz der Unternehmen betrifft. Umfragen zeigen, dass vor allem in benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen transnationale

Konzerne, aber auch die Marktwirtschaft an sich immer negativer bewertet werden.

Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig

Immer mehr Menschen fragen, ob Regierungen, Unternehmen, ob die Demokratie als solche noch imstande ist, die notwendigen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Es sei jedoch möglich, diese Krise anzugehen.

Somavia zufolge braucht es einen Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der nationalen und internationalen Politik rückt. Man müsse mehr Gewicht legen auf makroökonomische Stabilisierung, auf die Formalisierung bislang informeller Beschäftigungsstrukturen und auf soziale Absicherung.

Weiters ist die Qualifikation der Arbeitnehmerschaft in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft entscheidend, und zwar nicht nur für den Einzelnen als Voraussetzung, einen Job zu finden, sondern auch für die Volkswirtschaften als Ganze. „Wir brauchen eine gewaltige Bildungsinitiative. Dies setzt die Bereitschaft von Regierungen, Unternehmen und Individuen voraus, in schulische und berufliche Aus- und Fortbildung zu investieren. Eine Konzentration auf junge Menschen ist notwendig. Wenn die weltweite Jugendarbeitslosenquote halbiert würde, könnte das globale Sozialprodukt um mindestens 2,2 Milliarden US-Dollar gesteigert werden“, sagte Somavia. Er plädierte dafür, dass Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und internationale Organisationen an einem Strang ziehen, um den Herausforderungen zu begegnen: „Keiner der Akteure kann die Probleme alleine lösen. Wir brauchen eine bessere internationale Steuerung und Koordination.“

Es sei an der Zeit, dass sich die internationale Gemeinschaft an ihre Verpflichtung erinnert, soziale Integration und die Schaffung von Arbeit zu gewährleisten als Grundlage für Armutsbekämpfung und die Wahrung der Kernarbeitsrechte. Ohne die Einlösung dieser Verpflichtungen werde sich die globale Beschäftigungskrise nicht lösen lassen, meinte Somavia abschließend.

Quellen: IAB: Chronik der Arbeitsmarktpolitik, 31.01.2006; ILO News, 25.01.2006

Personen mit Behinderungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt

Menschen mit Behinderungen sind mit unzähligen Problemen konfrontiert. Diese resultieren häufig nicht nur aus der Behinderung per se, oft erschwert auch diskriminierendes Verhalten von ArbeitgeberInnen und KollegInnen die berufliche Integration. Die österreichische Sozialpolitik betrachtet daher die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen in zunehmendem Maße als eine wesentliche Aufgabe.

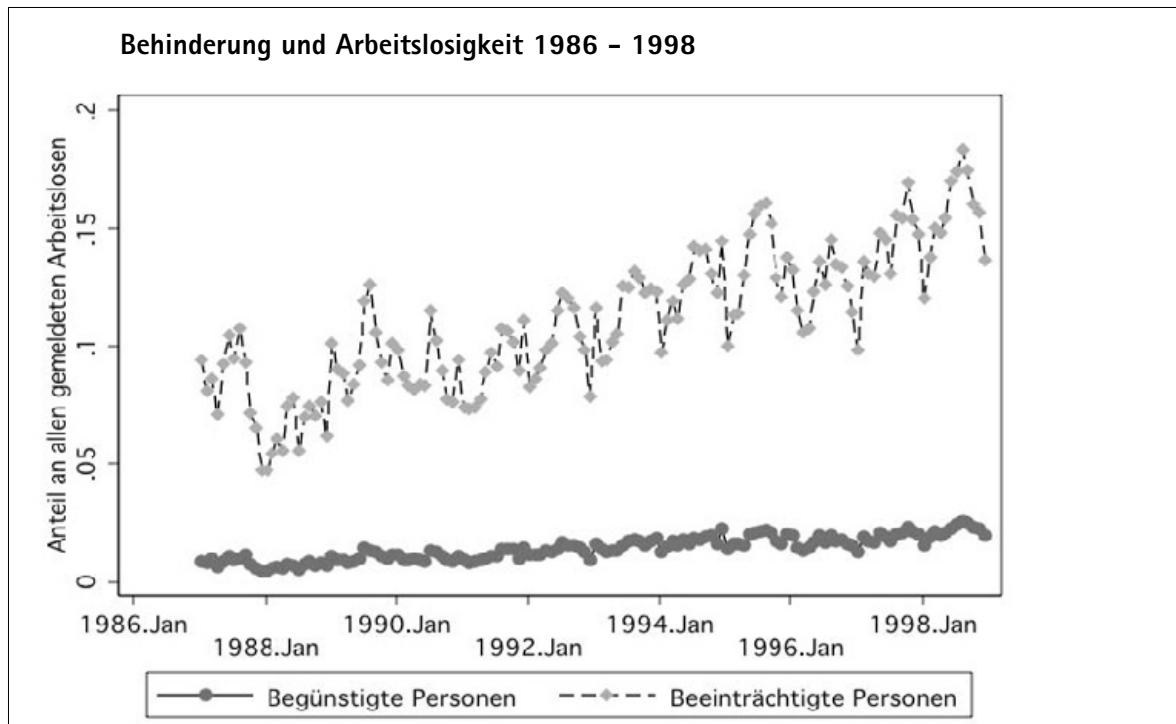
Ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik zeigt, dass Menschen mit Behinderungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hoch und auch länger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im Jahr 2001 bezogen 189.544 Personen Arbeitslosengeld. 30.403 waren Menschen mit Behinderungen, was einem Anteil von 16 Prozent entspricht.¹ Im gleichen Jahr betrug die durchschnittliche Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bei Menschen mit Behinderungen 152 Tage, bei Personen ohne Behinderungen hingegen nur 91 Tage.

Wie die nachstehende Graphik zeigt, hat sich der Anteil von Menschen mit Behinderungen an den als arbeitslos vorgemerkten Personen in den 90er Jahren erheblich ausgeweitet. Waren Ende der 80er Jahre noch weniger als zehn Prozent als schwer vermittelbar eingestuft, so erhöhte sich dieser Anteil im Laufe der 90er Jahre auf mehr als 15 Prozent.² Auch der Anteil der "begünstigten Behinderten"³ im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes (BeinstG) nahm in dieser Zeit stark zu.

Die steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich auch auf die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderungen aus. Während 13 Prozent aller Haushalte in Österreich ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 Prozent des Median-Pro-Kopf-Einkommens haben, also armutsgefährdet sind, liegt der Anteil bei Haushalten mit einer unter 65-jährigen behinderten Person bei 24 Prozent.⁴ Menschen mit Behinderungen sind demnach einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Aus diesem Grund ist es eine wesentliche Aufgabe der österreichischen Sozialpolitik, die Integration dieser Personengruppe in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Sozialpolitische Maßnahmen zur beruflichen Integration

Die österreichische Sozialpolitik sieht eine ganze Palette von Maßnahmen vor, um die berufliche Integration/Reintegration von Personen mit Behinderungen



zu verbessern. Wichtigste gesetzliche Grundlage ist das Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG). Mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF, seit 1995) und mit der Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung ("Behindertenmilliarde", seit 2001) stehen Budgetmittel größeren Umfanges für Maßnahmen zugunsten beeinträchtigter Personen zur Verfügung. Der bundesweite Mitteleinsatz im Rahmen der „Behindertenpolitik“ betrug im Jahr 2004 119,5 Mio. Euro. (Bundessozialamt, 2005).

Behinderteneinstellungsgesetz

Das Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG) beruht im Wesentlichen auf drei Säulen:

- **Beschäftigungspflicht:** Das BEinstG verpflichtet jeden Arbeitgeber, der 25 oder mehr Arbeitnehmer beschäftigt, auf je 25 Arbeitnehmer einen „begünstigten Behinderten“ einzustellen. Kommt ein Arbeitgeber dieser Beschäftigungspflicht nicht nach, so hat er für jede nicht besetzte Pflichtstelle pro Monat eine so genannte Ausgleichstaxe zu entrichten. Diese beträgt seit 1. Jänner dieses Jahres 206 Euro und fließt widmungsgebunden in den Ausgleichstaxfonds (ATF), aus dem Förderungen für behinderte Menschen und deren Arbeitgeber zur beruflichen und sozialen Rehabilitation begünstigt behinderter Menschen und deren Integration gewährt werden.
- **Finanzielle Anreize zur Förderung der Eingliederung:** Gefördert werden Menschen mit Behinderungen sowie jene Arbeitgeber, die behinderte Arbeitnehmer beschäftigen. Die Leistungen werden z.B. in Form von Lohnzuschüssen, Arbeitsplatzadaptierungen und Mobilitätshilfen erbracht.
- **Schutzbestimmungen:** Diese umfassen insbesondere einen relativ stringenten Kündigungsschutz sowie einen Entgeltschutz. Der erhöhte Kündigungsschutz besteht darin, dass, sofern keine längere Kündigungsfrist einzuhalten ist, nur unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen das Arbeitsverhältnis einer begünstigt behinderten Person gekündigt werden kann, sofern der Behindertenausschuss die Zustimmung zur Kündigung erteilt. Der spezielle Kündigungsschutz gilt nicht während der ersten sechs Monate eines Arbeitsverhältnisses, was einer Probezeit gleichkommt. Interessant ist, dass der spezielle Kündigungsschutz in den letzten Jahren gelockert wurde. So wurde 1999 die Probezeit von einem auf drei Monate und 2001 auf die heute geltende Form von sechs Monaten verlängert. Ob damit das Ziel – die Einstellungschancen von Menschen mit Behinde-

rungen zu erhöhen – erreicht wurde, ist empirisch noch zu überprüfen. Der Entgeltschutz bedeutet, dass die Entlohnung eines Arbeitnehmers mit einer Behinderung wegen dieser Behinderung nicht geringer sein darf als das Entgelt eines Arbeitnehmers ohne Behinderung in gleicher Verwendung.

Europäischer Sozialfonds (ESF)

Zusätzliche Programme zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, Diskriminierung und Ungleichbehandlung jeglicher Art und im Zusammenhang mit der Heranführung von Menschen mit Behinderungen an den Arbeitsmarkt werden seit dem EU-Beitritt Österreichs durch den ESF unterstützt. Die Mittel zur Förderung der Beschäftigung von behinderten Personen aus dem Europäischen Sozialfonds wurden in den letzten Jahren erheblich erweitert und haben sich im Zeitraum 1995 bis 2005 beinahe versechzigfacht.⁵

Beschäftigungsoffensive der Bundesregierung – „Behindertenmilliarde“

Im Jahre 2001 wurde die "Behindertenmilliarde" geschaffen, um der schwierigen Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderungen entgegenzuwirken. Durch diese Maßnahme soll der Einstieg und Wiedereinstieg von Personen mit Behinderungen in den regulären ("ersten") Arbeitsmarkt verbessert werden. Spezifische Zielgruppen stellen Jugendliche mit Beeinträchtigungen und sonderpädagogischem Förderbedarf, ältere Menschen mit Behinderungen und mit sich verschlechterndem Gesundheitszustand sowie Personen mit psychischen Beeinträchtigungen und Sinnesbehinderungen dar. Die Mittel aus der „Behindertenmilliarde“ betragen jährlich 60 bis 70 Millionen Euro. Insgesamt wurden bisher (2001–2005) 320 Milliarden Euro aufgewendet.⁶

Interdisziplinäres Forschungsprojekt

Angesichts dieser zahlreichen Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderungen stellt sich die Frage, ob diese Maßnahmen auch greifen und ob tatsächlich ein Trend von verstärkter Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt empirisch nachweisbar ist. Dies soll mittels eines Forschungsprojektes empirisch überprüft werden.

Der Fachhochschulstudiengang "Soziale Dienstleistungen" in Linz startete gemeinsam mit dem Institut für Empirische Wirtschaftsforschung (IEW) an der Universität Zürich ein Forschungsprojekt mit dem Ziel, die Entwicklung der Arbeitsmarktchancen von

Menschen mit Behinderungen sowie die Auswirkungen der sozialpolitischen Maßnahmen der österreichischen "Behindertenpolitik" zu untersuchen und zu evaluieren. Spezielle Fragen dabei sind:

- Wie hat sich die Ausdehnung der Budgetmittel (z.B. "Behindertenmilliarde") auf den Arbeitsmarkterfolg von Menschen mit Behinderungen ausgewirkt?
- Welchen Einfluss hatte die Lockerung des Kündigungsschutzes 1999 und 2001 auf die Einstellungschancen für diese Personengruppe?

Dieses Projekt ist besonders deshalb interessant, da für Österreich keine umfassende Bestandsaufnahme der Entwicklung der beruflichen Integration von behinderten Menschen seit den frühen 90er Jahren vorliegt und die Effekte der oben angeführten Maßnahmen empirisch noch kaum untersucht wurden. Was den Stand der Forschung bezüglich der Effekte sozialpolitischer Maßnahmen auf die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderungen betrifft, so können in erster Linie Anleihen aus anderen Ländern genommen werden.

Internationale und nationale Forschungsergebnisse

Die bisherige ökonomische Forschungsliteratur zu Fragen der Arbeitsmarktchancen und -position von Personen mit Behinderungen ("disability") konzentriert sich sehr stark auf die Ausgestaltung der Invalidenversicherung und die Anreize, welche davon auf die betroffenen Personen ausgehen. Insbesondere wurden die Anreizwirkungen verschiedener Instrumente des Versicherungssystems (Höhe der Versicherungsleistungen, Generosität des Zugangs zu diesen Leistungen) analysiert und die damit verbundenen arbeitsmarktrelevanten Effekte abzuschätzen versucht (vgl. Bound und Burkhauser, 1999).

Zur Frage nach den Effekten von spezifischen Maßnahmen für Personen mit Behinderungen existiert eine Reihe von wichtigen empirischen Arbeiten. Die Mehrheit dieser Arbeiten stammt aus den USA sowie aus Großbritannien. Mehrere wichtige empirische Studien zum Forschungsthema analysieren Effekte im Zuge der Umsetzung des "Americans with Disabilities Act" (ADA) in den USA vom Jahre 1990. Im Rahmen dieser Gesetzgebung wurden die Firmen zu entsprechenden Investitionen in die behindertengerechte Anpassung der Arbeitsplätze verpflichtet, zudem wurde ein spezieller Kündigungsschutz für Personen mit Behinderungen eingeführt. Es wird häufig darauf hingewiesen, dass aufgrund der mit diesen Maßnahmen verbundenen erhöhten Kosten für die Unterneh-

men die Beschäftigung von Personen mit Behinderungen negativ beeinflusst wird. Andererseits haben die Maßnahmen auch einen Effekt auf das Arbeitsangebot, sodass aus theoretischer Sicht die Effekte nicht eindeutig sind. DeLeire (2000) hat in einer der ersten Studien zu den Auswirkungen des ADA auf negative Beschäftigungseffekte hingewiesen. Diese Arbeit weist für Personen, welche durch den ADA geschützt werden, einen Beschäftigungsrückgang von mehr als sieben Prozentpunkten aus. Dieses Ergebnis wird in der Studie von Acemoglu und Angrist (2001) bestätigt, die zum Schluss kommt, dass keine klaren negativen Effekte auf die Entlohnung zu finden sind. Allerdings belegen die Autoren einen negativen Effekt auf die Beschäftigung von Personen mit Behinderungen kurz nach der Einführung des ADA (in den Jahren 1992/93). In einer neueren Studie zeigen Jolls und Prescott (2004), dass der (kurzfristig) negative Effekt des ADA primär auf die zusätzlichen Investitionskosten der Firmen zurückzuführen ist und weniger auf den gleichzeitig eingeführten Kündigungsschutz.

Der prekären Arbeitsmarktlage von Menschen mit Behinderungen wird in der EU in jüngster Zeit verstärkte Beachtung geschenkt. Eine Studie der EU-Kommission (2001) zeigt, dass Personen mit "disabilities" häufig doppelt benachteiligt sind, da diese Personengruppe meist unterdurchschnittlich qualifiziert ist oder andere für die Arbeitsmarktchancen nachteilige Charakteristika aufweist. Lechner und Vasquez-Alvarez (2003) zeigen in ihrer Studie für Deutschland, dass nicht behinderte Menschen im Vergleich zu Menschen mit Behinderungen eine um 9,6 Prozent größere Chance haben, beschäftigt zu sein. Gleichzeitig kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Einkommensunterschiede zwischen den beiden Gruppen etwa 16 Prozent betragen.

Die Situation von Menschen mit Beeinträchtigungen in Österreich bis zu Beginn der 1990er Jahre wird von Badelt und Österle (1993) aufgearbeitet. Die Autoren kommen zum Ergebnis, dass die Arbeitsmarktposition von Arbeitnehmern mit Behinderungen deutlich schlechter ist als jene von Personen ohne Behinderungen. Insbesondere ist die erste Gruppe häufiger und überdurchschnittlich lange arbeitslos. Eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten zur Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderungen in Österreich ist vorwiegend qualitativer Natur. Die Studie von Dyk et al. (2002) kommt auf Basis von Unternehmensbefragungen zum Ergebnis, dass strenger Kündigungsschutz sowie intransparentes und bürokratisches Förderungswesen wichtige Barrieren für die Einstellung behinderter Personen sind. Minderlei-

stung behinderter Personen sowie Qualifikationsmängel werden als vergleichsweise geringere Probleme angesehen. Dyk et al. (2004) dokumentieren die schwache Arbeitsmarktposition von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Während über 80 Prozent der RegelschülerInnen ihre Berufsvorstellungen erfüllen konnten, waren das bei den Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nur 40 Prozent. Zudem ist das Arbeitslosenrisiko dieser Jugendlichen mehr als doppelt so hoch wie jenes der Vergleichsgruppe. Eine Studie des BMSGK (2004) zur Situation von förderungsbedürftigen Jugendlichen kommt zum Ergebnis, dass eine enge Zusammenarbeit von Institutionen des Sozialbereiches und der Wirtschaft zentral ist für die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen dieser Gruppe. Auch hier wird ein stringenter Kündigungsschutz als ein wichtiges Einstellungs Hindernis genannt.

*Brigitte Humer
Fachhochschule Linz
Studiengang Soziale Dienstleistungen*

Anmerkungen

- 1 Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Zahlen inklusive Schulungsteilnehmer
- 2 Ende der 1990er Jahre wurde die Erfassung von „Behinderung“ durch das AMS geändert. Ursprünglich waren Personen mit Behinderungen nach Körperbehinderung, Blindheit, Taubheit, Geistige Behinderung und Psychische Behinderung registriert. Die neuere Statistik orientiert sich hingegen an der Art der Förderung einer behinderten Person (Behinderteneinstellungsgesetz, Opferfürsorgegesetz, Landesbehindertengesetz, etc.).
- 3 „Begünstigt behindert“ laut BEinstG bedeutet einen Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent.
- 4 Quelle: BMSGK 2003
- 5 Quelle: Statistik des BMSGK 2006
- 6 ebenda

Steigende Arbeitslosigkeit bei steigender Erwerbstätigkeit

Ergebnisse des Mikrozensus für das Jahr 2005

Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Erhebung der Statistik Austria waren im Jahresdurchschnitt 2005 3,824.000 Österreicherinnen und Österreicher erwerbstätig und 208.000 arbeitslos. Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen (=Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung) lag bei 68,6 Prozent, die Arbeitslosenquote bei 5,2 Prozent. Diese

Literatur

Acemoglu, Daron and Joshua D. Angrist (2001). Consequences of Employment Protection? The Case of the American with Disabilities Act. *Journal of Political Economy*, 109(5), 915-957.

Badelt, Christoph und August Österle (1993). Zur Lebenssituation behinderter Menschen in Österreich, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien.

Bound, John and Richard V. Burkhauser (1999). Economic Analysis of Transfer Programs Targeted on People with Disabilities. In: Orley Ashenfelter und David Card (eds.), *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3C.

BMSGK (2003). Bericht über die Lage der behinderten Menschen in Österreich, Wien.

BMSGK (2004). Maßnahmen für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen, Wien

Bundessozialamt (2005), Jahresbericht 2004, Landesstelle Oberösterreich.

DeLeire Thomas (2000). The Unintended Consequences of the Americans with Disabilities Act. *Regulation*, 23(1), 21-24.

Dyk, I. et al (2002). Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Behinderungen, Eine empirische Untersuchung in oberösterreichischen Unternehmen über die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderungen, Studie im Auftrag der OÖ Landesregierung und in Kooperation mit der OÖ Wirtschaftskammer, Linz 2002.

Dyk, I. et al (2004). Von der Schule in den Beruf, Empirische Studie über den Werdegang integrativ betreuter Schüler und Schülerinnen nach Beendigung der Pflichtschulzeit in OÖ, 2003/2004.

European Commission (2001), The employment situation of people with disabilities in the European Union, Directorate-General for Employment and Social Affairs.

Jolls, Christine and J.J. Prescott (2005). Disaggregating Employment Protection: The Case of Disability Discrimination, Harvard University and MIT, mimeo.

Lechner, Michael and Rosalia Vazquez-Alvarez (2003). The Effect of Disability on Labour Market Outcomes in Germany: Evidence from Matching, Institute for the Study of Labour, Discussion Paper No. 967

Zahlen wurden nach internationalen Definitionen („EU-Quote“) ermittelt.

Arbeitslosenquote bei Jugendlichen doppelt so hoch wie im Durchschnitt

Im Vergleich zum Vorjahr ist sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die Arbeitslosigkeit gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2004 belief sich die Erwerbstätigenquote auf 67,8 Prozent und war somit noch um 0,8 Prozentpunkte niedriger als im abgelaufenen Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Jahresabstand von 195.000 auf 208.000, die Arbeitslosenquote von 4,9 auf 5,2 Prozent. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit

erklärt sich etwa zur Hälfte aus der Zunahme der nach internationaler Definition als arbeitslos erfassten Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren. 2004 gab es durchschnittlich 54.000 Jugendliche ohne Arbeit, 2005 waren es 60.000, ein Anstieg von 12 Prozent gegenüber 7 Prozent über alle Altersgruppen. Allerdings stieg auch die Erwerbstätigkeit bei den Jugendlichen mit 4,4 Prozent stärker als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt (2,2%). Die Arbeitslosenquote für Jugendliche ist mit 10,3 Prozent (2004: 9,7%) weiterhin rund doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus-Jahresdurchschnitts liegt zwar die Arbeitslosenquote der Frauen weiterhin deutlich über jener der Männer, die Ent-

wicklung im Jahresvergleich fällt aber für die Männer ungünstiger aus. 2005 waren 5,5 Prozent der weiblichen und 4,9 Prozent der männlichen Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit, die Vergleichswerte 2004 lagen bei 5,4 Prozent (Frauen) und 4,5 Prozent (Männer).

Regional gesehen war die Arbeitslosenquote 2005 in Wien mit 9,1 Prozent am höchsten, gefolgt vom Burgenland mit sechs Prozent und Vorarlberg mit 5,3 Prozent. Bereits unter dem Bundesdurchschnitt liegende Quoten werden für die Bundesländer Kärnten (4,8%), Niederösterreich (4,3%), die Steiermark (4,1%) und Oberösterreich (4,0%) ausgewiesen. Die niedrigste Arbeitslosigkeit verzeichneten die westlichen Bundesländer Tirol (3,5%) und Salzburg (3,2%). Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit weiterhin bei

Hauptergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

	Jahresdurchschnitte		Quartale		
	2005	2004	Apr 05	Mär 05	Apr 04
Erwerbstätigkeit nach EU-Konzept	Jahresdurchschnitte				
Erwerbstätige insgesamt	3,824.400	3,744.000	3,845.200	3,893.100	3,771.400
Erwerbstätigenquote ¹⁾	68,60%	67,80%	68,8	69,80%	68,10%
der 15- bis 64-Jährigen					
Männer	75,40%	74,90%	75,8	77,10%	75,20%
Frauen	62,00%	60,70%	61,8	62,70%	61,00%
Teilzeitquote ²⁾	21,10%	19,70%	21,8	21,10%	19,70%
Männer	6,10%	4,80%	6,4	6,20%	4,80%
Frauen	39,30%	37,80%	40,5	39,30%	38,00%
Teilzeit als Anteil der Personen mit bis zu 35 Stunden wöchentlicher Normalarbeitszeit	22,10%	21,40%	22,8	22,00%	21,40%
Arbeitslosigkeit nach EU-Konzept					
Arbeitslose insgesamt	207.700	194.600	207.300	206.000	195.800
Arbeitslosenquote ³⁾	5,20%	4,90%	5,10%	5,00%	
insgesamt					4,90%
Männer	4,90%	4,50%	4,80%	4,50%	4,40%
Frauen	5,50%	5,40%	5,50%	5,70%	5,50%
Inländer	4,40%	4,20%	4,30%	4,40%	4,20%
Ausländer	11,60%	11,60%	12,10%	10,10%	11,30%
Jugendliche (15-24	10,30%	9,70%	10,10%	11,10%	9,80%
Ältere (50 bis 64	3,70%	3,90%	3,50%	3,60%	3,50%

Q.: Statistik Austria: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. 3. Quartal 2005: revidierte Werte.

1) Erwerbstätige in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe. 2) Erwerbstätige, die auf entsprechende Frager angeben, Teilzeit zu arbeiten, in Prozent der Erwerbstätigen. 3) Arbeitslose in Prozent der Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige und Arbeitslose). Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildienstler - Die Definition des Erwerbsstatus erfolgt nach dem Labour Force-Konzept der Europäischen Union.

Migranten, zumal diese vielfach in unsicheren und temporären Arbeitsverhältnissen (Saisonjobs) tätig sind. Sie betrug 11,6 Prozent im Vergleich zu 4,4 Prozent bei österreichischen Staatsbürgern.

Teilzeitquoten erreichen neue Rekordwerte

Die Beschäftigungszunahme um 80.000 bzw. 2,2 Prozent setzt sich aus einer Zunahme bei den Selbstständigen und Mithelfenden Familienangehörigen um 30.000 und einem Zuwachs von 50.000 bei den Unselbstständigen zusammen, wobei diese kräftige Zunahme zu einem gewissen Teil auf einer Unterschätzung der Erwerbstätigen im Vorjahr nach der Stichprobenumstellung beruhen dürfte. Der Zuzug in die Beschäftigung wird ganz wesentlich aus einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung gespeist. Die Teilzeitquoten erreichen neue Rekordwerte. Nimmt man die

Angaben der Befragten auf die Frage, ob sie Teilzeit arbeiten, dann beträgt die Teilzeitquote 21,1 Prozent (Männer: 6,1%; Frauen 39,3%), während sie im Vorjahr noch unter 20 Prozent (19,7%) lag. Bezeichnet man Personen mit einer wöchentlichen Normalarbeitszeit bis 35 Stunden als Teilzeitbeschäftigte, dann sind es sogar 22,1 Prozent (2004: 21,4%). Mit diesen Quoten liegt Österreich im Spitzenfeld der EU.

Bei den hier präsentierten Ergebnissen handelt es sich um Daten aus dem Programm der „Europäischen Arbeitskräfteerhebung“, die in Österreich im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt wird.

Quelle: Statistik Austria, Pressemitteilung vom 03.04.2006

Macht Arbeitslosigkeit krank?

Vor allem langzeitarbeitslose Männer bewerten ihre Gesundheit schlechter als Erwerbstätige, erbrachte die Magisterarbeit der Berliner Sozialpädagogin Anne Kathrin Stich.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland spiegelt sich nicht nur in Arbeitsmarktzahlen und desolaten Wirtschaftsdaten wider, sondern auch im Gesundheitszustand der Betroffenen. "Arbeitslose beurteilen ihre eigene Gesundheit subjektiv deutlich schlechter als Erwerbstätige." Zu diesem Schluss kommt die Sozialpädagogin Anne Kathrin Stich in ihrer Magisterarbeit, die sie im Rahmen des postgradualen Studiengangs Gesundheitswissenschaften/Public Health an der Technischen Universität Berlin verfasste. Stich analysierte Daten des Bundes-Gesundheitssurvey 1998, der ersten gesamtdeutschen repräsentativen Querschnittsstudie zu Gesundheitsfragen, an der 7.124 Frauen und Männer zwischen 18 und 79 Jahren - Erwerbstätige wie Arbeitslose - teilnahmen.

Stich konzentrierte sich auf Fragen zur subjektiven Einschätzung der Gesundheit und zur gesundheitsbezogenen Lebensqualität anhand des Gesundheitsstatusfragebogens SF-36, bei dem die körperliche Fitness, Schmerzen, die subjektive Gesundheitswahrnehmung, die soziale und emotionale Funktionsfähigkeit etc. erhoben werden. Weiters waren Angaben zum sozioökonomischen Status (Bildung, berufliche Stel-

lung, Einkommen) sowie zum gesundheitsrelevanten Verhalten Teil des rund 50-seitigen Fragebogens.

Teufelskreis

"Es ist ein Teufelskreis: Zum einen sind Menschen, die kränker sind, eher von Arbeitslosigkeit bedroht als Gesunde. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass Arbeitslosigkeit Krankheit bedingt - unter anderem durch finanzielle Unsicherheit und den Wegfall der Tagesstruktur", sagt Stich. Letzteres zeigten bereits klassische Studien vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 1931 bis 1933, die eine höhere Morbidität arbeitsloser Menschen ergaben. Studien in den 1970er-Jahren wiesen erstmals auch eine höhere Mortalität Arbeitsloser nach.

Die Resultate sind weitgehend unabhängig vom Alter und der Familiensituation. Es spielt also kaum eine Rolle, ob Arbeitslose allein oder in einer Familie leben. Es besteht jedoch ein Zusammenhang zwischen Wohnort und Einschätzung der eigenen Gesundheit: ostdeutsche arbeitslose Männer und Frauen schätzen ihre körperliche Funktionsfähigkeit schlechter ein. Insgesamt zeigen sich die gesundheitlichen Auswirkungen bei Männern drastischer als bei Frauen. "Ein möglicher Grund dafür ist, dass Frauen mit Lebenskrisen anders umgehen als Männer", vermutet Stich. "Zudem steht Frauen bei Arbeitslosigkeit eher die Möglichkeit offen, in die Rolle der Hausfrau und Mutter auszuweichen." Für die Pädagogin, die für ihre Arbeit mit dem Hertha Nathorff-Preis 2005 ausgezeichnet wurde, ist es jedoch unklar, ob diese Rolle tatsächlich gesundheitliche Vorteile mit sich bringt.

Ein Detail am Rande: Arbeitslose rauchen zwar mehr als Erwerbstätige und treiben weniger Sport, doch das gesundheitsrelevante Verhalten – gefragt wurde unter anderem nach Sport, Ernährung sowie Alkohol- und Tabakkonsum – zeigt im Vergleich zum Faktor Arbeitslosigkeit kaum Einfluss auf die subjektive Gesundheit. Bildung und Qualifikation dagegen schon. Die Daten sowie verschiedene andere Studien zeigen neben der Arbeitslosigkeit als Risikofaktor einen deutlichen Zusammenhang zwischen schlechter Bildung, geringer Qualifikation und schlechterer Gesundheit. Die Ursachen sind dabei schwierig zu trennen. Menschen mit geringer Bildung und Qualifikation sind eher von Arbeitslosigkeit bedroht. Aber Personen mit geringerer Bildung schätzen ihre Gesundheit eher schlechter ein.

Handlungsempfehlungen

Welche Konsequenzen sollten Politik und Wirtschaft daraus ziehen? "Mehr in Bildung zu investieren und dafür sorgen, dass Kranke nicht mehr so schnell ihren

Arbeitsplatz verlieren", meint Anne Kathrin Stich. "Außerdem muss die gesundheitliche Versorgung von Arbeitslosen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen, dringend verbessert werden – etwa durch finanzielle Ausnahmeregelungen."

Stich hält es weiters für wünschenswert, wenn diese in Deutschland nicht eben kleine Bevölkerungsgruppe (Arbeitslosenrate 5/06: 10,8%) in speziell für Arbeitslose ausgerichteten Einrichtungen eigene Vertreter hätte – ähnlich den Patientenvertretern –, die ihre Belange adäquat vertreten. Denn es besteht eine qualitative Unterversorgung durch die professionellen Gesundheitsberufe. Speziell zugeschnittene Gesundheitsangebote für Arbeitslose seien daher notwendig. "Wir wissen, dass sich Beratungs- und Unterstützungsleistungen stabilisierend auf Arbeitslose ausüben", sagt Stich. "Aber sie müssen natürlich freiwillig sein!"

Quelle: Catarina Pietschmann, Technische Universität Berlin, 20.06.2005

Angst vor Entlassungen befördert Krankheitsrisiko

Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und Bevormundung durch Vorgesetzte führen in einer globalisierten Wirtschaft zu immer mehr Fällen von Depression und Herzerkrankungen. Beim Weltkongress für Psychiatrie, der im Oktober des Vorjahres in Kairo stattfand, berichteten Wissenschaftler, dass das Risiko einer Erkrankung umso höher ist, je weniger Angestellte Arbeitsabläufe und ihre berufliche Zukunft selbst beeinflussen können. So belegt eine Studie aus Ungarn, dass beispielsweise selbst das Rauchen das Herzinfarktrisiko weniger stark beeinflusst als Arbeitslosigkeit oder die Angst vor dem Jobverlust.

Bei einer in drei brasilianischen Großstädten durchgeführten Untersuchung fanden Psychiater zudem heraus, dass vor allem männliche Angestellte stark unter Unsicherheit leiden. „Sie haben Angst, dass sie, wenn sie laut Kritik üben, als nächste dran sind, wenn wieder Stellen abgebaut werden“, berichtete die Leiterin des Forschungsprojekts, Ana Maria Rossi, von der Internationalen Stress-Management Vereinigung Brasiliens. Nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind psychische Probleme und durch Stress ausgelöste Störungen in Europa der wichtigste Grund für frühzeitigen Tod.

Quelle: science.orf.at, 27.10.2005

Psychische Belastungen bei Arbeitslosigkeit

Falsche Hoffnungen und Rückschläge nehmen Arbeitslosen das Selbstwertgefühl.

Ein-Euro-Jobs und andere Aushilfsarbeiten, wie sie unter anderem im deutschen Hartz-IV-Programm sowie in Workfare-Maßnahmen anderer Länder vor-

gesehen sind, rauben Arbeitslosen aus Sicht der Arbeitspsychologin Gisela Mohr mehr Selbstbewusstsein, als sie geben: „Die psychische Gesundheit der Betroffenen in unsicheren, schlecht bezahlten und unterqualifizierten Arbeiten wird stärker belastet als in Zeiten ohne Job.“ Immer wieder erhofften sich Arbeitslose dabei Erfolg und erlebten meist doch nur Abstürze. Internationale Studien belegten die Zunahme seelischer Leiden bei Arbeitslosen nach Misserfolgen.

Gleiches gelte bereits für Qualifizierungsmaßnahmen. "Es werden endlos viele von Trainern begleitete Bewerbungen verfasst, doch im Umgang mit den oft ebenso vielen Absagen sind die Arbeitslosen wieder allein", sagt die Professorin für Arbeitspsychologie an der Universität Leipzig. Das sog. Fallmanagement hält Gisela Mohr hingegen für den richtigen Weg: "Wenige, auf den Menschen zugeschnittene Qualifizierungen und Jobangebote mit echten Erfolgchancen würden der psychischen Gesundheit sehr helfen", meint Mohr. Bloß motivierende Fortbildungen hätten keine Langzeitwirkung und summierten sich nicht. Ob man wirklich jedem jede Arbeit zumuten müsse, sei eine Frage des Umgangs der Gesellschaft mit ihrem Potenzial. Auch Erwerbslosen müsse ein Kalkulieren des Aufwandes zum Nutzen bei einem Jobangebot zugestanden werden, so die Expertin.

Lebenszufriedenheit langzeitarbeitsloser Menschen deutlich gesunken

Dass die negativen psychischen Auswirkungen insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit nicht zu unterschätzen sind, zeigen auch die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest München erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Bei dieser Untersuchung können die Befragten auf einer Skala von 0-10 den Grad ihrer Zufriedenheit angeben. Der Wert 0 steht für „ganz und gar unzufrieden“, der Wert 10 für „ganz und gar zufrieden“. Während die durchschnittliche Zufriedenheit der Erwerbstätigen beim Wert 7 liegt, wird bei Langzeitarbeitslosen ein erheblich geringerer Zufriedenheitswert von 4,8 gemessen, wie der Soziologe Jürgen Schupp vom DIW Berlin auf Basis der SOEP-Daten ausgerechnet hat. Eine vergleichbar geringe Lebenszufriedenheit geben nur jene Befragten an, die dauerhaft gesundheitlich eingeschränkt sind und „einfacher Pflege“ bedürfen. Bei ihnen liegt der Zufriedenheitswert ebenfalls bei 4,8. Nur bei schwer pflegebedürftigen Menschen liegen die Werte mit 4,3 noch niedriger.

Besonders auffällig ist, dass die Lebenszufriedenheit von Langzeitarbeitslosen in den letzten fünf Jahren deutlich gesunken ist. Der gemessene Wert sank von 5,5 auf 4,8, während die Zufriedenheit in den anderen Gruppen relativ stabil ist. Auch kurzzeitig Arbeitslose sind deutlich zufriedener. Sie geben im Durchschnitt einen Wert von 5,8 an. Das gleiche gilt für Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die immerhin noch einen Zufriedenheitswert von 5,2 erreichen. Die Daten stehen somit in einem gewissen Widerspruch zu den Ergebnissen von Gisela Mohr (s.o.).

Depressionen durch Rückschläge

Fest steht jedenfalls, dass sich nicht erfüllte Erwartungen und Jobaussichten negativ auf die Psyche auswirken. Mehrere Untersuchungen belegen, dass Alkoholprobleme, Depressionen und selbst körperliche Leiden durch häufige Rückschläge verstärkt werden. "Die hinzu gewonnene freie Zeit ermöglicht dagegen eine gewisse körperliche Erholung", sagt Gisela Mohr. Es brauche aber mehr Verständnis und Akzeptanz für Arbeitslose. Durch gesellschaftliche Geringschätzung und Abwertung ihrer Situation laste ein enormer psychischer Druck auf Erwerbslosen. "Selbst Arbeitslose untereinander pflegen die Vorwürfe des Selbst-Schuld-Seins und meinen, der andere sei faul und nutze die sozialen Sicherungen des Staates nur aus."

Stattdessen müssten sie lernen, offen mit ihrer Arbeitslosigkeit umzugehen. Lockere soziale Netze sollten daher aufrechterhalten werden, empfiehlt die Psychologin: "Je mehr Menschen wissen, dass ich Arbeit suche, umso größer ist die Chance auf Hilfe durch Mund-zu-Mund-Propaganda." Doch die soziale Einbindung ist oftmals an Geld gebunden. "Selbst die Fahrt ins Grüne kann sich manch ein Arbeitsloser nicht leisten", betont Mohr. "Mobilität und kulturelles Leben müssen unbedingt zum Warenkorb der sozial notwendigen Leistungen gehören", fordert die Tübinger Psychologin.

Quellen: www.heute.de, 07.08.2005; Renate Bogdanovic, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 28.02.2006

Webtipp

Selbstevaluation stellt eine Möglichkeit dar, genau bestimmte Ausschnitte des eigenen beruflichen Handelns systematisch zu beleuchten, um Anhaltspunkte für Verbesserungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten bei festgestellten Schwachstellen zu erhalten oder um erfolgreiche Arbeit nach Innen und Außen dokumentieren zu können.

Das neue Internet-Portal www.selbstevaluation.de bietet u.a. einen Überblick über Barrieren für die Durchführung von Selbstevaluation und Möglichkeiten, sie zu überwinden, einen Praxisleitfaden zur Durchführung von Selbstevaluation in der Jugendhilfe, eine Literaturliste und weiterführende Links.

www.selbstevaluation.de

Realverlust bei Arbeitslosenleistungen

Die österreichische Armutskonferenz fordert eine Erhöhung der Ersatzrate bei Arbeitslosenleistungen als notwendigen Schritt zur Armutsvermeidung.

Österreich liegt bei der Höhe der Arbeitslosenleistungen im Vergleich mit anderen OECD-Ländern im unteren Drittel. "Eine Erhöhung der Nettoersatzrate ist ein notwendiger Schritt zur Armutsvermeidung", fordert daher die Armutskonferenz. Das ist Teil eines "Mindestsicherungs-ABC", das die materielle Min-

destsicherung (A), soziale Dienstleistungen (B) und aktive Arbeitsmarktpolitik (C) umfassen muss", so das österreichische Anti-Armutsnetzwerk.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes steht in keinem direkten Zusammenhang mit der Höhe der Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Land. Wäre das so, müsste in den Ländern mit dem niedrigsten Arbeitslosengeld auch die niedrigste Arbeitslosigkeit sein. Das trifft jedoch nicht zu. In Polen mit dem niedrigsten Arbeitslosengeld herrscht hohe Arbeitslosigkeit. In Dänemark mit dem höchsten Arbeitslosengeld gibt es eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit, konstatiert die Armutskonferenz. Dänemark zeige auch, dass eine ausreichende Existenzsicherung nicht den Anreiz für Erwerbsarbeit mindert: Bei einer hohen Nettoersatzrate von 90 Prozent sei die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit geringer als in Österreich, das eine vergleichsweise niedrige Nettoersatzrate von 55 Prozent aufweist.



Notstandshilfe real um 4,3 Prozent gesunken

Die Zahl der Arbeitslosen steigt seit vier Jahren Monat für Monat auf immer neue Rekordstände. Gleichzeitig müssen Arbeitslose mit immer weniger Geld das Auslangen finden. Der durchschnittliche Lohnersatz bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ist in Österreich von 2000 bis 2004 real um 3,6 Prozent gesunken. Die durchschnittliche Höhe der Notstandshilfe ist um 4,3 Prozent gesunken, die Höhe des Arbeitslosengeldes um 2,9 Prozent.

Das Arbeitslosenversicherungssystem erklärt nur einen Bruchteil der Arbeitslosigkeit, während andere Faktoren wie Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eine wichtigere Rolle spielen. Vor allem dort sei daher der Hebel anzusetzen, denn: "Die Lösung eines Problems muss nicht dort zu finden sein, wo das Problem sichtbar wird", befindet die Armutskonferenz.



Quelle: Österreichische Armutskonferenz: Erhöhung der Ersatzrate bei Arbeitslosenleistungen, Wien, 10.05.2006

Arbeitlose wollen mehr Zeit für intensivere Beratung

Das Arbeitsmarktservice (AMS) braucht mehr Personal zur Beratung und Vermittlung von Arbeitsuchenden. Neben der fehlenden Berücksichtigung individueller Lebenslagen werden auch die Qualität und vor allem die Wirksamkeit der angebotenen Schulungen kritisiert. Das ist das Ergebnis einer AK-Umfrage unter Langzeitarbeitslosen in Oberösterreich.

Im Juni 2005 hat die Arbeiterkammer Oberösterreichinnen und Oberösterreich, die zu diesem Zeitpunkt seit mindestens zehn Monaten beschäftigungslos waren (kurze Unterbrechungen blieben unberücksichtigt) und eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung erhielten, nach ihren Erfahrungen mit dem AMS befragt. 6.550 Fragebogen wurden ausgesandt. Der Rücklauf betrug 18,1 Prozent (1.019 Antworten), mehr als 60 Prozent der Antwortenden äußerten sich bei den offenen Fragen zu ihren Erfahrungen mit dem AMS. Die Hälfte der Befragten (50,6%) gab an, seit mindestens 2003 keine dauerhafte Beschäftigung mehr gehabt zu haben.

Betreuungsplan schafft Transparenz, fehlt aber oft

2005 wurde eine langjährige Forderung der AK rechtsgültig: Seit dem Vorjahr müssen mit allen Arbeitsuchenden Betreuungspläne ausgearbeitet werden, die neben der Abklärung von persönlichen Rahmenbedingungen der Arbeitsuchenden (Betreuungspflichten, Mobilität) und Vermittlungsbeschränkungen (Berufs- und Einkommenschutz, gegebenenfalls gesundheitliche Einschränkungen) auch Vereinbarungen über Art und Ausmaß der Eigeninitiative bei der Jobsuche sowie mögliche oder notwendige Weiterbildung enthalten müssen.

Die Befragung hat gezeigt, dass diese Betreuungspläne die Zufriedenheit der Arbeitsuchenden deutlich erhöhen: Die Urteile der Befragten über das AMS korrelieren auffallend stark mit dem Vorhandensein eines Betreuungsplans, der sich sehr positiv auswirkt.

Allerdings: Zum Zeitpunkt der Untersuchung hatten lediglich 35,8 Prozent der Befragten einen Betreuungsplan bzw. kannten ihn. Davon haben drei Viertel das Gefühl, dass der Betreuungsplan gemeinsam entwickelt wurde. Während auf Berufswünsche relativ

stark eingegangen wird, finden die Betroffenen ihre Arbeitszeitwünsche, vor allem aber ihre Kinderbetreuungspflichten deutlich weniger berücksichtigt.

Die AMS-Berater/innen: freundlich, aber im Stress

Mehr als die Hälfte der Befragten (53,7%) stimmen der Aussage, dass mehr Zeit für die Beratung wünschenswert sei, voll oder eher zu. 29 Prozent der Befragten geben an, dass sich die Berater/innen eher oder gar nicht ausreichend Zeit für ihre Anliegen nehmen. Dieser Mangel an Beratungskapazitäten hat unweigerlich Konsequenzen. So fühlen sich nur 57,3 Prozent der Arbeitsuchenden ausreichend über ihre Rechte und Pflichten aufgeklärt und immerhin knapp ein Drittel (31,9%) fühlt sich vom Berater/von der Beraterin unter Druck gesetzt.

Dabei unterscheiden die Betroffenen sehr deutlich zwischen den Gegebenheiten im System AMS und der derzeitigen Arbeitsmarktlage einerseits sowie andererseits den AMS-Berater/innen. So wurde bei der Beantwortung der offenen Frage auch Verständnis geäußert für den Druck, dem die AMS-Mitarbeiter/innen ausgesetzt sind. Der Großteil der Befragten (71,9%) fühlt sich freundlich behandelt. Verbesserungspotenzial bei der Sozialkompetenz wurde dennoch aufgezeigt: 289 Personen (28,4%) fühlen sich eher oder gar nicht ernst genommen. Etliche Befragte bezeichnen es als Glücksspiel, von wem man betreut wird, oder haben das Gefühl, „nur eine Nummer“ zu sein. Oft führt der Personalmangel auch - trotz Termin - zu langen Wartezeiten.

Ähnlich wie in anderen Umfragen urteilen auch in dieser Befragung Frauen etwas positiver als Männer. Auffallend ist das deutlich schlechtere Urteil der Arbeitsuchenden mit nicht-deutscher Muttersprache: Von ihnen fühlen sich nur 60,1 Prozent freundlich behandelt und gar nur 53,1 Prozent ernst genommen.

Beurteilung der Schulungsmaßnahmen

Etwa zwei Drittel der Befragten haben Schulungen über das AMS besucht bzw. Angaben dazu gemacht. Die Trainer/innen werden in den Maßnahmen als freundlich und kompetent beurteilt. Ein erheblicher Teil konnte auch in den Kursen Neues lernen (63,1%). Geholfen (im Hinblick auf einen neuen Job) hat die Maßnahme nur knapp einem Drittel (30,3%). Diese Beurteilung fällt mit steigendem Alter der Befragten immer schlechter aus.

Fast die Hälfte der Teilnehmer/innen (47,9%) an Schulungsaktivitäten fühlt sich schlecht vorinform-

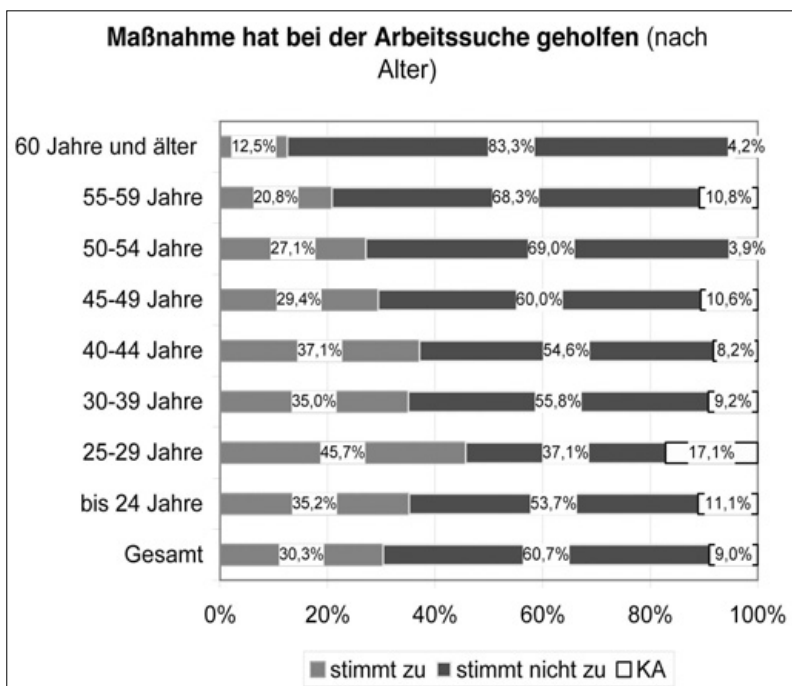
miert. Auch hier klaffen die Ergebnisse je nach Vorhandensein eines Betreuungsplanes weit auseinander. Und gut ein Fünftel (21,6%) gibt an, dass die eigenen Weiterbildungsvorschläge abgelehnt wurden. Weiters wurde die heterogene Teilnehmer/-innenstruktur mancher Kurse und das oktroyierte mehrmalige Wiederholen des gleichen Kurses kritisiert.

Angesichts all dieser Kritikpunkte ist es für die Studienautoren wenig verwunderlich, dass weniger als die Hälfte der Befragten (46,6 Prozent) der Aussage „Ich fühle mich vom AMS bei der Jobsuche gut unterstützt“ „voll“ oder „eher“ zustimmen. Bei Menschen mit Matura oder höherem Bildungsabschluss ist die Zustimmung noch geringer.

Fazit

Die Ergebnisse der Befragung lassen sich nunmehr wie folgt zusammenfassen:

- Der Personalmangel beim AMS schadet den Betroffenen: Nur 57 Prozent der Befragten fühlen sich über ihre Rechte und Pflichten ausreichend aufgeklärt. Nicht einmal die Hälfte fühlt sich bei der Jobsuche gut unterstützt.
- Die Rolle des AMS bei der Arbeitsuche ist zu verbessern: Die Mehrheit der Befragten bekommt wenig konkrete Jobangebote – die meisten erwarten sich von Inseraten oder Tipps aus dem Bekanntenkreis mehr Erfolg.
- Klare Defizite zeigen sich im Umgang mit Migranten/innen: Befragte mit nicht-deutscher Muttersprache fühlen sich häufiger schlecht behandelt.
- Die langjährige Forderung der AK nach individuellen Betreuungsplänen zeigt Wirkung: Personen, mit denen ein Betreuungsplan ausgearbeitet wurde, sind eindeutig zufriedener. Es mangelt aber noch an der Umsetzung.
- Sinn und Nutzen von Schulungen werden vielfach in Frage gestellt. Die Arbeitsuchenden wünschen mehr Berücksichtigung der eigenen Karrierepläne und eine bessere Qualität bei den angebotenen Maßnahmen, sodass „die richtigen Personen in den richtigen Kursen sitzen...“



Forderungen der Arbeiterkammer

Zur Beseitigung der festgestellten Defizite erhebt die Arbeiterkammer folgende Forderungen:

- Mehr Personal für mehr Zeit bei den Beratungen
- Lückenlose Umsetzung und Qualitätsverbesserung der Betreuungspläne für alle Arbeitslosen mit Aufklärung über Rechte und Pflichten
- Erweiterung der Sozialkompetenz der/mancher Berater/innen
- Lösungen bei Sprachproblemen im Umgang mit Migranten/innen
- Individuelle Qualifizierungsmaßnahmen bei vorheriger Klärung von Defiziten und Zukunftsperspektiven (inklusive rechtzeitiger und ausreichender Vorinformation über die Maßnahmen), Berücksichtigung individueller Weiterbildungswünsche
- Berücksichtigung individueller Einschränkungen ohne Schuldzuweisungen
- Motivation statt Sanktion – Unterstützung statt Druck

Quelle: Unterlagen zur Pressekonferenz von Dr. Johann Kalliauer, Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich und Dr. Josef Moser, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer OÖ, Linz, 13. Jänner 2006

Einstellung zum Wohlfahrtsstaat in Österreich

Ein Vergleich 1983 bis 2004

Vor dem Hintergrund vielfältiger Kritik am österreichischen Wohlfahrtsstaatsmodell wird im Folgenden auf Basis des Social Survey 2004 der Frage nachgegangen, ob die Österreicherinnen und Österreicher ihre Haltung zu den Grundfunktionen des Staates im Hinblick auf soziale Absicherung einerseits und die soziale Ausgleichsfunktion andererseits seit 1986 geändert haben und worauf dies zurückgeführt werden kann. Die Ergebnisse zeigen, dass die Zuständigkeit bzw. Verantwortlichkeit des Staates in Fragen der sozialen Sicherheit gegenwärtig außer Zweifel steht. Auch Maßnahmen zur Reduzierung sozialer Ungleichheiten werden nur von rund einem Fünftel der Bevölkerung abgelehnt.

Wohlfahrtsstaat unter Druck

Dass die wohlfahrtsstaatlichen Regimes in Europa und insbesondere das kontinentale Modell – wofür auch Österreich ein Beispiel ist – seit längerem einer intensiven Diskussion ausgesetzt sind, ja vielfach „unter Druck“ geraten, ist überall bemerkbar. Die Klagen über den Wohlfahrtsstaat sind vielfältig: Er verhindere effizientere Lösungen durch den Markt, verleite zum Missbrauch, dränge die Eigenverantwortlichkeit zurück, führe zur Entmündigung der BürgerInnen und sei letztlich nicht länger finanzierbar. Dass diese Argumente von bestimmten wirtschaftlichen und politischen Eliten getragen und verbreitet werden, ist bekannt. In letzter Zeit ist aber auch in den Medien immer häufiger davon zu hören, dass diese kritische Haltung mittlerweile auch tief in die breite Bevölkerung eingedrungen sei.

Nun ist es zweifellos richtig, dass im Zuge gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und demografischer Veränderungen Anpassungen in den verschiedenen, kulturell eingebetteten wohlfahrtsstaatlichen Regimes erforderlich sind. In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, wie weit diese Veränderungen aus Sicht der Bevölkerung – welche diese Veränderungen auch mittragen muss – gehen sollen, welche Strukturen erhalten bleiben und in welchen Bereichen welche Änderungen vorgenommen werden sollen.

Social Survey Austria 1986 – 2004

Mit einigen solchen Fragen und Antworten befasste sich ein Teilprojekt im Rahmen des dritten repräsentativen

„Social Survey Austria“, der erstmals 1986, dann 1993 und zuletzt 2004 (Schulz/Haller/Grausgruber 2005) durchgeführt wurde. Der Social Survey vergleicht Daten zu Werthaltungen und Lebensqualität in Österreich über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten und ermöglicht ein umfassendes Bild des neueren sozialen Wandels der österreichischen Gesellschaft. Die Ziele des Projekts sind:

- Erforschung der objektiven und subjektiven Lebensqualität in Österreich
- gesellschaftliche Selbstaufklärung durch systematische Erfassung von gesellschaftspolitischen Einstellungen und Wertorientierungen
- Durchführung systematischer Vergleiche zwischen gesellschaftlichen Subgruppen
- internationaler Vergleich zwischen Ländern und Kulturen

Die Themenstellungen sind vielfältig und befassen sich neben Wertewandel und Lebensqualität auch mit Fragen der Mobilitätschancen und Heiratsmuster, mit Einkommen, Armut, Einstellungen zu Arbeit und Beruf sowie weiblichen Erwerbskarrieren, auch mit Parteipräferenzen und politischer Partizipation und der Einstellung zum Wohlfahrtsstaat.

Im Anschluss wird über die Ergebnisse zu folgenden Fragestellungen berichtet:

- Für welche Aufgaben ist aus Sicht der Bevölkerung der Staat zuständig?
- Haben sich diese Verantwortungszuschreibungen zwischen 1986 und 2004 verändert und, wenn ja, in welcher Hinsicht?
- Wovon hängen unterschiedliche Einschätzungen ab?
- Spielen hier eher ideologisch-politische Ideen bzw. milieuspezifische Sozialisationserfahrungen oder eher die ökonomische Konfrontation mit der wohlfahrtsstaatlichen Politik eine Rolle?

Ergebnisse

Im Zentrum der meisten Arbeiten über die Einstellung zum Sozial- und Wohlfahrtsstaat steht u.a. die Frage, für welche Aufgaben dem Staat eine Verantwortlichkeit zugesprochen wird (Wilensky 1975, Flora et al. 1977, Roller 1992, Bacher/Stelzer-Orthofer 1997, Andreß et al 2001). Diese Aspekte umfassen beim Social Survey 1986 und 2004: einen Arbeitsplatz für jeden Arbeitswilligen bereitstellen, Preise kontrollieren, die gesundheitliche Versorgung sichern, Pensionisten einen angemessenen Lebensstandard sichern, Wachstum der Industrie sichern helfen, Arbeitslosen

einen angemessenen Lebensstandard sichern, Einkommensunterschiede abbauen sowie einen Hochschulzugang für alle garantieren. Im Jahr 2004 kam die Frage der Verantwortlichkeit für die öffentliche Sicherheit mit der Fragestellung „für genügend Sicherheitskräfte sorgen, um die öffentliche Sicherheit überall zu garantieren“ dazu. In Tabelle 1 sind die entsprechenden Antworten jeweils im Vergleich 1986 und 2003/2004 angeführt.

Was zeigen die Ergebnisse? Konzentrieren wir uns zunächst auf die dem Staat zugeschriebene Verantwortlichkeit im Jahr 1986, so wird ersichtlich, dass die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung sowie die Sicherung des Lebensstandards faktisch außerhalb jeder Diskussion stehen. Rund zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher sahen den Staat in jedem Fall dafür als verantwortlich. Nimmt man die nächste zustimmende Kategorie „verantwortlich“ ebenfalls dazu, dann können wir im Jahr 1986 auch noch eine ausgesprochen hohe Verantwortlichkeit bei der Preiskontrolle beobachten. Aber auch bei allen anderen Aufgabenbereichen finden wir eine überwältigende Zustimmung zur Meinung, dass diese

Aufgabenbereiche in der Verantwortlichkeit des Staates anzusiedeln sind. Allerdings ist die Intensität etwas abgeschwächt.

Die entsprechenden Fragen werden fast zwei Jahrzehnte später recht ähnlich beantwortet. Es wird ersichtlich, dass nach wie vor „Sicherheitsfragen“ in der Verantwortlichkeit des Staates gesehen werden. Zwar nicht mehr so ausgeprägt, aber immer noch weit vorne an erster Stelle wird die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung im Verantwortungsbereich des Staates gesehen. Neu – weil 1986 nicht erhoben – ist, dass auch die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit oberste Priorität hat. Höchsten Stellenwert hat weiters die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Pensionisten. Rund vier von fünf Österreicherinnen und Österreichern sehen auch in den weiteren Bereichen wie Kontrolle der Preise, Abbau von Einkommensunterschieden sowie Bereitstellung für Arbeitsplätze die Verantwortlichkeit vor allem beim Staat. Und selbst Maßnahmen zur Sicherung des Wachstums der Industrie sowie eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose werden noch von drei Viertel als Aufgabenbereiche des Staates definiert.

Tabelle 1: Einstellung zur „Verantwortlichkeit des Staates in Österreich“. 1986 – 2003

	Jahr	in jedem Fall verantwortlich	verantwortlich	nicht verantwortlich	in keinem Fall verantwortlich	N	χ^2	bis tau_b
	1986	47	38	12	3	947		
Einen Arbeitsplatz für jeden Arbeitswilligen bereitstellen	2003	41	38	15	6	1838	21,37***	0,07***
	1986	51	43	5	1	953		
Preise kontrollieren	2003	47	40	11	2	1922	30,58***	0,06**
	1986	66	33	1	0	966		
Gesundheitliche Versorgung sichern	2003	77	22	1	0	1968	47,71***	-0,12***
	1986	16	53	20	11	907		
Arbeitslosen Lebensstandard sichern	2003	24	47	20	9	1754	26,59***	-0,07***
	1986	64	35	1	0	977		
Pensionisten Lebensstandard sichern	2003	64	33	3	0	1963	10,44*	0,01
	1986	23	51	22	4	888		
Wachstum der Industrie sichern	2003	29	43	19	9	1723	38,98***	0
	1986	41	37	16	6	907		
Einkommensunterschiede abbauen	2003	41	40	15	4	1838	8,20*	-0,01
	1986	-	-	-	-	-		
für öffentliche Sicherheit sorgen	2003	69	28	3	0	1958		

p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001;

Zwischen 1% und 3% der Befragten gaben „kann ich nicht sagen“ als Antwort. Diese Angaben wurden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt. Befragungszeitpunkt: 2003, Auswertung: 2004. Quelle: Sozialer Survey 2004

Welche Veränderungen können zwischen 1986 und 2004 beobachtet werden? Signifikant abgenommen hat die Intensität, mit der die Preiskontrolle sowie die Verantwortung für Arbeitsplätze im Verantwortungsbereich des Staates angesiedelt werden. Signifikant zugenommen hat die Vorstellung, die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung sowie die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose seien Aufgaben, für die der Staat verantwortlich sei. Im gesamten Ausmaß gleich geblieben, in der Einschätzung jedoch etwas differenzierter, wird die Aufgabe des Staates bei der Sicherung des Wachstums der Industrie gesehen. Unverändert hoch bleibt die Zuschreibung der Verantwortlichkeit des Staates bei der Sicherung eines angemessenen Lebensstandards der Pensionisten sowie beim Abbau von Einkommensunterschieden.

Wovon hängen diese Einstellungen ab?

In bisherigen Studien wurden vor allem zwei Erklärungspositionen formuliert. Der erste Erklärungsansatz geht – wie bereits eingangs kurz angedeutet – davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Sozialisationsprozesse und Alltagserfahrungen zentrale Einstellungen gegenüber dem Wohlfahrtsstaat herausbilden, wobei eine Variante vor allem auf die politisch-ideologischen Ideen hinweist. Diese Variante prognostiziert also Unterschiede entlang „ideologischer“ Linien und Wertorientierungen. Eine zweite Variante betont demgegenüber mehr differenzielle Sozialisationserfahrungen in unterschiedlichen Milieus und verweist auf Einflüsse des Alters, des Geschlechts, der Bildung, der Berufsposition sowie einer allfälligen Gewerkschaftsmitgliedschaft. Der sog. „strukturtheoretische“ Ansatz betont demgegenüber die Abhängigkeit der Einstellung zum Wohlfahrtsstaat durch ökonomische Erfahrungen im Rahmen der konkreten Berufsposition: Je nachdem, ob jemand primär Konsument, Produzent oder Zahler wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ist.

Die Fragen nach den Bedingungen der Einstellung zur „Sicherungsfunktion“ und zur „Sozialen Ausgleichsfunktion“ des Staates wurden mit Hilfe einer ordinalen Kovarianzanalyse (Holm 2003) zu beantworten versucht. Die beiden Verantwortungsbereiche „Gesundheitliche Versorgung sicherstellen“ und „Lebensstandard für Pensionisten sicherstellen“ wurden nach faktorenanalytischen Prüfungen zu „Verantwortung für soziale Sicherheit“, die Aspekte „Arbeitsplatz für Arbeitswillige bereitstellen“, „Lebensstandard für Arbeitslose sichern“, „Abbau von Einkommensunterschieden“ sowie „Hochschulzugang garantieren“

wurden zu „Verantwortung für sozialen Ausgleich“ zusammengefasst (Grausgruber 2005: 477f). Die standardisierten Regressionskoeffizienten können Werte zwischen -1,0 und + 1,0 annehmen und können direkt miteinander verglichen werden. Sie geben den „direkten“ – um den rechnerischen Einfluss anderer Einflussfaktoren bereinigten – Zusammenhang zwischen den Regressoren (Einflussgrößen) und der Intensität der Verantwortlichkeit des Staates in den beiden Aufgabenbereichen wieder. In Tabelle 2 sind die Ergebnisse dieser beiden Analysen angeführt, wobei nur die signifikanten Regressoren angeführt sind. Im Kommentar am Ende der Tabelle sind die weiteren in der Analyse berücksichtigten – aber nicht signifikanten – Einflussgrößen angeführt.

Als einen ersten wesentlichen Befund können wir feststellen, dass in beiden Analysen nur eine relativ bescheidene erklärte Streuung anzutreffen ist. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen von anderen Studien wie etwa Ressler (2002), Klein/Schilling (1994), Roller (1992), oder Norden (1986/87). Diese Befunde unterstützen gleichzeitig die Vermutung einer allgemeinen Akzeptanz staatlicher Verantwortlichkeit in spezifischen sozialen Problemfeldern. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass es eine ausgeprägt hohe Akzeptanz von staatlicher Verantwortlichkeit gibt, sondern auch darauf, dass es im Grunde genommen kaum grundlegende Auffassungsunterschiede innerhalb der Bevölkerung gibt. Sowohl bei der Analyse der „sozialen Sicherheit“ als auch des „sozialen Ausgleichs“ zeigt sich, dass in erster Linie bildungsmäßige und politische Orientierungen die dominanten Einflussfaktoren darstellen. Bei der Zuschreibung der Verantwortlichkeit des Staates für die Sicherheit finden wir darüber hinaus noch Alterseffekte bzw. Unterschiede nach der Parteipräferenz.

In beiden Analysen wird die Differenzierungskraft der schulischen Qualifikation ersichtlich. Beide Male weisen unabhängig sonstiger Merkmale Personen mit geringeren schulischen Qualifikationen eindeutig intensivere Präferenzen für die Verantwortlichkeit des Staates auf als Personen mit höheren schulischen Qualifikationen. Bei der Analyse der Einstellungen zur „Sicherheit“ zeigen sich altersspezifische Effekte dahingehend, dass Bevölkerungsgruppen bis 30 Jahren signifikant häufiger als die anderen die Verantwortlichkeit des Staates für Sicherheit ablehnen. Am anderen Ende der Altersskala finden wir allerdings bei den Personen über 65 Jahren signifikant häufiger, dass sie ausdrücklich für eine Verantwortlichkeit des Staatsbereiches „soziale Sicherheit“ eintreten. Bei der Analyse zur Haltung der Sicherheit zeigen sich mar-

Tabelle 2: Einflussfaktoren für sozialstaatliche Orientierung

Modellgüte	Verantwortung für Soziale Sicherheit ^a	Verantwortung für sozialen Ausgleich ^b
	(gering)	(gering)
N	1565	1535
Erklärte Streuung (R ² *100)	7,30%	10,90%
Korrigierter multipler Korrelationskoeffizient	0,24	0,31
F-Wert	5,23***	8,07***
Regressoren		
Schulbildung (hoch)	0,07*	0,06*
Beurteilung der Finanzlage (schlecht)	0,03	-0,05*
Staatsintensität (beibehalten)	-0,15***	-0,19***
Wahrnehmung von Benachteiligungen (gering)	0,09**	0,20***
Erste Parteipräferenz (Effekte: ja)	0,08*	0,04
OVP	-0,11**	-0,04
SPO	0,04	0
FPO	0	0,13
GRÜNE	0,13*	0,03
Alter (Effekte: ja)	0,09*	0,02
Bis 30 Jahre	0,11*	-0,03
31 bis 40 Jahre	0,05	0,02
41 bis 50 Jahre	0,04	-0,02
51 bis 65 Jahre	-0,05	0,01
Alter als 65 Jahre	-0,21**	0,03

*p<0,05, **p<0,01, ***p<0,001

Lineare Regression von „Soziale Sicherheit“ und „Gleichheit“ auf soziodemografische sowie politische Orientierungen. Standardisierte Regressionskoeffizienten, Signifikanz und Gütekriterien für ordinale Kovarianzanalyse
Interpretierungsrichtung: numerisch höhere Ausprägung in Klammer
Unter statistischer Kontrolle von: Berufsposition (Effekte), Autoritarismusneigung (Streitereien im Parlament schaden, Einer soll befehlen), Gewerkschaftsmitgliedschaft, Branche, Haushaltsnettoeinkommen, Geschlecht.
Quelle: Sozialer Survey 2004.

kante Auswirkungen politisch-ideologischer Orientierungen. Wie erwartet kann beobachtet werden, dass jene Personen, die einen Rückzug des Staates bzw. einen Abbau der „Staatsintensität“ befürworten, auch signifikant zurückhaltender bei der Frage nach der Verantwortlichkeit des Staates sowohl hinsichtlich der Sicherheit als auch hinsichtlich des sozialen Ausgleichs auftreten. Auffällig ist weiters, dass eine Sensibilität für gesellschaftliche Benachteiligungen bestimmter Gruppierungen unabhängig sonstiger Merkmale zur Einstellung führt, dass man sich für eine volle Verantwortlichkeit des Staates ausspricht.

Hinsichtlich der Parteipräferenz zeigt sich eine deutliche Affinität von Sympathisanten der ÖVP für eine geringere Verantwortlichkeit des Staates einerseits und bei den GRÜN-Sympathisanten eine verstärkte signifikante Zurückhaltung bezüglich der Verantwort-

lichkeit des Staates für Fragen der Sicherheit. Es ist im besonderen Maße bemerkenswert, dass sich bei der Analyse der Einstellung zur Verantwortlichkeit des Staates für „Gleichheit“ weder geschlechts- noch alters- noch berufsspezifische Konfliktlinien identifizieren lassen. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation lässt sich nur die Tendenz erkennen, dass Personen, die ihre finanzielle Lage als nicht sehr rosig beurteilen, häufiger eine Verantwortlichkeit des Staates für „Gleichheit“ einfordern.

Zusammenfassung und Diskussion

Die wichtigsten Befunde können nun dahingehend zusammengefasst werden, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherheit eindeutig im Verantwortungsbereich des Staates gesehen werden. Nur verschwindende Minderheiten sprechen sich dagegen aus. Dies betrifft sowohl die soziale Sicherheit im Bereich der gesundheitlichen Versorgung und der Sicherung des Lebensstandards für Pensionisten als auch die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit. Die intensive Zustimmung zeigt, dass diese Bereiche mehr oder weniger außer Diskussion stehen. Aufgaben, die sich eher auf Fragen zur Reduzierung sozialer Ungleichheit bzw. des sozialen Ausgleichs beziehen, werden ebenfalls von rund zwei Dritteln der Bevölkerung dem Verantwortungsbereich des Staates zugeschrieben, allerdings nicht mit einer derart ausgeprägten Intensität.

Als zweites wesentliches Ergebnis dieses Längsschnittsvergleiches zur spezifischen Verantwortlichkeit des Staates in Österreich kann festgestellt werden, dass es im Zeitvergleich 1986 – 2003 zwar signifikante, jedoch nur leichte Umschichtungen bzw. Verschiebungen in der zugeschriebenen Verantwortlichkeit des Staates gegeben hat. Nach wie vor sehen die Österreicherinnen und Österreicher nicht nur eine Verantwortlichkeit des Staates im Hinblick auf die soziale Absicherung, sondern weisen ihm nach wie vor auch die soziale Ausgleichsfunktion zu.

Angesichts dieser Ergebnisse erscheint die Diagnose eines nach wie vor vorhandenen breiten Konsenses über die Zuordnung wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten zum Staat mehr als be-

rechtigt, von einer Akzeptanzkrise des Wohlfahrtsstaates in der österreichischen Bevölkerung ist wenig erkennbar.

Die Tatsache einer breiten Akzeptanz des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in Österreich am Beginn des 21. Jahrhunderts wird auch dadurch untermauert, dass diese Einschätzungen durch mehr oder weniger alle Bevölkerungsgruppierungen und Positionen quer hindurchgehen. So zeigen die detaillierten Analysen, dass die Einschätzung der Staatsverantwortung in sozialen Problembereichen nur in bescheidenem Ausmaß durch sozialstrukturelle Merkmale, sondern vor allem von politischen Orientierungen beeinflusst wird. Es sind also weniger die mit der unmittelbaren beruflichen Position bzw. durch die Konfrontation mit dem Wohlfahrtsstaat zusammenhängenden eher kurzfristigen Faktoren und ihre Auswirkungen, welche die Haltung bestimmen, sondern die eher mittel- bis langfristigen politischen Orientierungen, welche hier ausschlaggebend sind. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass mit der Frage nach der Verantwortlichkeit des Staates für bestimmte Problemfelder nur ein wesentlicher Aspekt aus den vielfältigen Dimensionen der Haltung zum Wohlfahrtsstaat erfasst werden konnte.

*Alfred Grausgruber
Institut für Soziologie
Universität Linz*

Die EU und die USA im PISA-Vergleich

Die Europäischen Union und die Vereinigten Staaten befinden sich schon seit längerer Zeit in einem nicht nur wirtschaftlichen Wettbewerb, wobei gegenwärtig vor allem durch ökonomische Daten die Vorzüge des jeweils eigenen Systems herausgestellt werden. Von neoliberal gesinnten Europäer/innen, etwa dem deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn, wird regelmäßig die Flexibilität des amerikanischen Wirtschaftssystems positiv angeführt, während kritisch denkende US-Amerikaner/innen auf die sozialpolitischen Defizite der Vereinigten Staaten und die größere soziale Ausgewogenheit des Europäischen Modells hinweisen. So meinte der US-Autor Jeremy Rifkin etwa, die Überlegenheit Europas im Bildungssystem feststellen zu können. Die USA hätten sich bei den PISA-Tests

Literatur

- Andreß, Hans-Jürgen, Thorsten Heien, Dirk Hofäcker, 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Wiesbaden
- Bacher, Johann, Christine Stelzer-Orthofer, 1997: Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses? Eine theoretische und empirische Annäherung. ÖZP 26/2: 165-178.
- Flora, Peter, Jens Alber und Jürgen Kohl, 1977: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Politische Vierteljahresschrift 18: 707-772.
- Grausgruber, Alfred, 2005: „Mehr privat – weniger Staat?“ Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates in Österreich, in: Schulz/Haller/Grausgruber (2005): 461-486.
- Holm, Kurt, 2003: Almo Statistik-System Handbuch. P20 Allgemeines lineares Modell. Linz.
- Klein, Thomas und Johannes-Georg Schilling, 1994: Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats. Eine empirische Analyse. Politische Vierteljahresschrift 35: 607-630.
- Norden, Gilbert, 1986/87: Bestimmungsgründe der Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Angewandte Sozialforschung 14/1: 43-54.
- Ressler, Regina, 2002: Bestimmungsfaktoren zur allgemeinen Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Leistungen. Mikro- und makrosoziale Determinanten. Wirtschaft und Gesellschaft, Sonderdruck Nr. 34, 28/2: 201-228.
- Roller, Edeltraud, 1992: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schulz, Wolfgang, Max Haller und Alfred Grausgruber, (Hrsg.) 2005: Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986-2004. Wiesbaden.
- Wilensky, Harold L, 1975: The Welfare State and Equality: Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkely/Los Angeles/London.

damit abfinden müssen, dass sie immer erst nach einigen europäischen Ländern gereiht worden wären.¹ Da Österreichs EU-Ratspräsidentschaft gerade zu Ende geht, wird hier noch einmal die Gelegenheit ergriffen, auf die teilweise prekäre Situation in den Bildungssystemen beider Weltregionen hinzuweisen.

Bisher wurde noch nie ein Vergleich der EU-Mitgliedstaaten als Gesamtheit mit den Vereinigten Staaten unter Berücksichtigung der PISA-Ergebnisse durchgeführt. Im Folgenden versucht, Klarheit darüber zu schaffen, welche Region besser für die Globalisierung gerüstet ist und wo die soziale Herkunft der Schüler/innen geringeren Einfluss auf den Bildungs(miss)erfolg ausübt.

Grundsätzlich verfolgen die Schulsysteme auch die Funktion der Bereitstellung von qualifizierten Arbeitskräften für die Wirtschaft, primär aber diejenige der Vermittlung der Kompetenzen, die für die Teilhabe

in einer modernen Gesellschaft nötig sind. Die Grundsätze Partizipation und Kohäsion bedeuten zudem, die Vererbung sozialer Privilegien nicht zu verstärken. Gesellschaftliche Ungleichheit aufgrund der sozialen Herkunft soll durch Ungleichheit im Bildungssystem nicht fortgeschrieben werden. Eine moderne Gesellschaft fordert einen Ausgleich, der individuelle Leistung und Begabung unabhängig von der Bildung oder Herkunft der Eltern fördert.

Soziale Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit durch Bildung

Für die Europäische Union steht außer Frage, dass auch das Politikfeld Bildung wegen der Lissabon-Strategie einer Modernisierung und Adaptierung bedarf. Die strategischen Ziele im Bereich Bildung umfassen:

- die Verbesserung der Qualität und Effizienz der (Aus-)Bildungssysteme,
- Zugangserleichterungen zu (Aus-)Bildungssystemen für alle und
- die Öffnung der (Aus-)Bildungssysteme für Personen aus EU-Drittstaaten.

Für die Gesellschaft bedeutet dies eine Förderung der Entwicklung des/r Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft. Neben den allgegenwärtigen Schlagwörtern, wie Wandel, Wissensgesellschaft, Globalisierung, lebenslanges Lernen, wird die Relevanz von Bildung für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts betont. Diskriminierung, Ausgrenzung, Rassismus und Xenophobie können durch die Vermittlung und Einhaltung von Toleranz und Respekt für die Menschenrechte im Bildungssystem reduziert werden. Zudem sollen die gemeinsamen Werte der europäischen Gesellschaft vermittelt werden. Dabei steht eine adäquate mehrsprachliche Ausbildung im Vordergrund.²

No Child Left Behind – Kein Kind wird zurückgelassen

In den Vereinigten Staaten ist Chancengleichheit eines der Grundprinzipien des Bildungssystems:

„Die universelle öffentliche Bildung gehört zu unseren am meisten gelobten Errungenschaften und ist typisch für ein Land, das lange Zeit an Chancengleichheit glaubte. Der Amerikanische Traum baut darauf, dass in Amerika jeder, unabhängig von seinem Stand oder den Umständen bei seiner Geburt, die nötige Bildung bekommt, um das Beste aus seinem Leben zu machen.“³

Schon seit den 1980er Jahren versuchten abwechselnd republikanische und demokratische Präsidenten

die Rolle des Bundes im Bereich Bildung auszubauen. Es ging dabei nicht nur um das Bürgerrecht auf Bildung und gleichen Zugang, sondern um die Einführung von Standards und Qualitätskriterien mit einer Leistungsüberprüfung der Schüler/innen. Die Bundesregierung griff zudem sukzessive in die Gestaltung der Curricula ein.⁴ Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die Studie „A Nation at Risk“ (1983), die beklagte, dass die konstatierte Mittelmäßigkeit der amerikanischen Bildung die Zukunft und vor allem die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA gefährde.⁵ Das gegenwärtige Programm „No Child Left Behind“ wurde in einem von beiden großen Parteien unterstützten Antrag 2001 beschlossen, um das Schulsystem vor allem für benachteiligte Gruppen, wie ethnische Minderheiten oder armutsgefährdete Kinder, zu verbessern. Dieses Gesetz verlangt von den Bundesstaaten eine Übernahme der Verantwortung. Das Ziel ist es, alle Schüler/innen bis 2013/14 auf Mindestniveaus in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften zu bringen. Folgende Schwerpunktsetzungen sollen diesen Erfolg ermöglichen:

- *Adäquater jährlicher Fortschritt:* Verabsäumt es eine Schule innerhalb von zwei Folgejahren, einen Fortschritt zu erzielen oder tritt gar eine Verschlechterung der Leistungen ein, werden Sanktionen gesetzt. Insbesondere wird die Entwicklung des Lernerfolgs von benachteiligten Gruppen, Afroamerikaner/innen, Latinos, armutsgefährdeten Schüler/innen und Schüler/innen mit besonderen Bedürfnissen berücksichtigt. Schulen mit einem hohen Anteil an benachteiligten Schüler/innen können besonders sanktioniert werden, wenn keine Leistungsverbesserung eintritt. Sie müssen den Eltern einen Wechsel zu einer anderen Schule im Bezirk anbieten. Dies kann sogar zu einem vollständigen Wechsel der Verwaltung und des Lehrpersonals führen.
- *Qualität der Lehrkräfteausbildung:* Die Lehrer/innen müssen zumindest das Bakkalaureat absolviert und einen Test in den Fächern, die sie unterrichten, bestanden haben.
- *Leistungsüberprüfung der Schüler/innen:* Der Fortschritt der Schüler/innen in Lesen und Schreiben sowie Mathematik wird alljährlich von der dritten bis zur achten Klasse und zumindest einmal in der High School getestet, zudem wird auch die Qualifikation in den Naturwissenschaften überprüft.
- *Erprobte Methoden:* Durch eine Intensivierung der Forschung sollen bewährte Maßnahmen für den Unterricht im Regelsystem etabliert werden.⁶

Trotz dieser Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenz der Bundesstaaten durch den Bund unter republikanischer Führung zeigen die Bildungssysteme doch im Detail Unterschiede auf. Primär liegt Schule noch immer in der Verantwortlichkeit der einzelnen Bundesstaaten. So gibt es etwa in einigen Gliedstaaten nur eine Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr, während in anderen Staaten diese bis zum High School-Abschluss besteht. Für öffentliche Schulen teilen sich der Bund, Bundesstaat und Bezirk die Kosten, wobei die Ausgaben pro Schüler/in sowie die Klassengrößen von Bezirk zu Bezirk stark schwanken können. Eine Übersicht über das amerikanische Schulsystem gibt Tabelle 1 (s.u.).

EU versus USA

Ein Vergleich der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten erscheint auf den ersten Blick nicht zulässig, da innerhalb der EU mehrere Schulsysteme nebeneinander bestehen und die Länderleistungen beträchtlich variieren. Finnland beispielsweise erzielte beim PISA-Test 2003 in Mathematik 544 Punkte, Griechenland dagegen nur 445.⁸ Gegen diese Argumentation lassen sich zwei Punkte anführen: Erstens existieren auch innerhalb einzelner Länder der EU starke Unterschiede in den Testleistungen zwischen den Schulen. Dies ist insbesondere in Ungarn, Belgien, Italien, Deutschland, Österreich, den Niederlanden und der Tschechischen Republik sowie der Slowakischen Republik der Fall, wo 42 bis 58 Prozent der Leistungsdifferenzen auf Unterschiede zwischen Schulen zurückzuführen sind.⁹ Trotz dieser großen

Unterschiede ist es üblich, einen Durchschnitt pro Land zu berechnen. Es stellt sich daher die Frage, warum dies nicht auch für die EU insgesamt zulässig sein sollte. Zweitens betrachtet sich die EU als geographische, politische, wirtschaftliche und soziale Einheit, die im Wettbewerb mit anderen Weltregionen steht. Von dieser Zielsetzung ausgehend ist ein Vergleich mit den USA von Interesse.

Ein Vergleich zwischen den USA und der EU ist auch insofern zulässig, da in allen Staaten dieselbe Zielpopulation (15-/16-Jährige, die eine Schule besuchen) untersucht und dieselben Testinstrumente eingesetzt wurden. Außerdem wurde in der EU insgesamt eine sehr große Stichprobe von 90.000 bzw. 117.000 Schüler/innen erfasst, sodass ein geringer Stichprobenfehler vorliegt.¹⁰

Ein weiterer Einwand gegen den Vergleich, dass er nämlich nur auf einer Altersgruppe basiert, lässt sich nicht entkräften. Diese Einschränkung sollte bei der Interpretation berücksichtigt werden und sie sollte als Schutz vor zu weitreichenden Schlussfolgerungen dienen.

Die im Vergleich verwendeten PISA-Daten wurden in zwei Gruppen für Europa geteilt: Bei den alten EU-Mitgliedstaaten haben alle 15 an der Studie teilgenommen. Die Stichprobengröße je Land variiert von rund 3.900 (Irland) bis rund 11.600 (Italien). Die Zielgruppe¹¹ umfasst rund vier Millionen Jugendliche. Von den neuen Mitgliedstaaten beteiligten sich nur die Tschechische Republik, Lettland, Polen, Ungarn und die Slowakische Republik (EU-20 – inklusive der 15

Tabelle 1: Übersicht über das amerikanische (Pflicht-)Schulsystem

Sekundär-Stufe	Klasse	Alter	Maturazeugnis (High School Diploma)		
			12	17	4-jährige Mittelschule (High School)
11	16				
	10	15	3-jährige „Unterstufe“ (Middle School)	3-jährige „Unterstufe“ (Junior High School)	
	9	14			
	8	13	Grundschule (Elementary/Primary School)		
	7	12			
	6	11			
	5	10			
Primär-Stufe	4	9	Kindergarten		
	3	8			
	2	7			
	1	6			
	K	5			
	4	Kindergarten/-krippe (Nursery School)			
PK	3				

K: Kindergarten, PK: Pre-Kindergarten⁷

alten Mitgliedstaaten), die Stichprobengröße schwankte von rund 4.300 bis zu rund 7.300 getesteten Schüler/innen.¹² In den USA wurden im Rahmen von PISA ca. 5.460 Schüler/innen der Zielgruppe getestet. Die Zielgruppe umfasst 3,1 Millionen Jugendliche.¹³

Das Ergebnis

Die Testleistungen in PISA sind so normiert, dass sie mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2000 vergleichbar sind. Die Werte dieses Jahres wurden so normiert, dass der OECD-Durchschnitt bei 500 liegt und die Standardabweichung 100 beträgt.

In der EU werden im Vergleich zu den USA deutlich bessere Mathematikleistungen erzielt (Differenz 17 bzw. 16 Punkte). Auch im Bereich der Naturwissenschaften sind Unterschiede zugunsten der EU erkennbar (Differenz 13 bzw. 12 Punkte). Beim Lesen bestehen dagegen keine Unterschiede (vgl. Tabelle 2).

Leistungsschwache Schulen und Schüler/innen auf ein Mindestniveau zu bringen, ist ein erklärtes Ziel der US-amerikanischen Bildungspolitik. Um die Erreichung dieses Zieles zu messen,¹⁴ wurden die Leistungen bei einem Schwellenwert von 375 Punkten dichotomisiert. Als integriert wurden Schüler/innen bezeichnet, die 375 Punkte und mehr erzielen.¹⁵ Je höher der Wert dieser Gruppe ist, desto besser gelingt es, leistungsschwächere Schüler/innen zu integrieren und starke Leistungsabfälle zu vermeiden. Hinsichtlich der Integration bestehen keine bzw. sehr kleine

Unterschiede zwischen den USA und Europa. Beide Systeme sind im gleichen Umfang integrativ bzw. nicht-integrativ.

Ein weiterer untersuchter Aspekt ist die Förderung von Begabungen. Dazu wurden Schüler/innen mit sehr guten Testleistungen (mehr als 625 Punkte) betrachtet. Je größer der Wert dieser Gruppe ist, desto besser gelingt die Förderung von Begabungen. Die Leistungsunterschiede sind primär darauf zurückzuführen, dass es in der EU etwas besser als in den USA gelingt, Begabungen in Mathematik (9,3 zu 6,3%) und den Naturwissenschaften (11,2 zu 8,1%) zu fördern. Hinsichtlich der Förderung von Begabungen im Lesen bestehen keine nennenswerten Unterschiede, die USA schneiden hier sogar etwas besser ab.

Ein wesentliches Ziel der Bildungssysteme in modernen Gesellschaften ist die Herstellung von Chancengleichheit. Um die (Nicht-)Erfüllung dieser Zielvorstellung messen zu können, wurde überprüft, ob die Testleistungen von askriptiven (zugeschriebenen) Merkmalen abhängig sind. Für den Vergleich wurden folgende Merkmale einbezogen: Bildung der Eltern, berufliche Position der Eltern, Geschlecht des Kindes und Migrationshintergrund. Die Testleistungen sollten von diesen Merkmalen weitgehend unabhängig sein. Je geringer diese Abhängigkeit ist, desto stärker ist Chancengleichheit erfüllt. Dies bedeutet, dass ein Bildungssystem soziale und ethnische Herkunft ausgleichen kann und Schüler/innen mit einem unterschiedlichen Zugang zu Bildung sich eher im Rahmen ihrer Möglichkeiten entfalten können. Zur Messung der Abhängigkeit wird der Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient verwendet. Je kleiner der Absolutbetrag der Korrelation ist, desto geringer ist die Abhängigkeit von askriptiven Merkmalen.

Sowohl in der EU als auch in den USA besteht ein erkennbarer Zusammenhang zwischen Testleistungen und sozialer Herkunft (Beruf und Bildung der Eltern). In den USA ist der Zusammenhang tendenziell schwächer. Auch zwischen Migrationshintergrund und Testleistungen besteht in beiden Regionen ein negativer Zusammenhang. Im Vergleich zur sozialen Herkunft übt dieses Merkmal einen geringeren Einfluss aus. Im Lesen schneiden die Buben schlechter ab als die Mädchen. Die Stärke des Zusammenhangs entspricht in etwa dem des Migrationshintergrunds. In Mathematik und in den Naturwissenschaften gibt es dagegen keine Leistungsdifferenzen zwischen den Geschlechtern mehr, sodass die schlechteren Leseleistungen der Buben nicht mehr durch bessere Leistungen in Mathematik und den Naturwissenschaften ausgeglichen werden.

Tabelle 2: EU und USA im Vergleich

	EU15	EU20	USA
	Durchschnitt		
Mathematik	500	499	483
Lesen	494	494	495
Naturwissenschaften	504	503	491
	Integrationsleistung (a)		
Mathematik	90,1	90,3	87,2
Lesen	88,8	89,0	88,7
Naturwissenschaften	89,0	89,4	88,2
	Begabungsförderung (b)		
Mathematik	9,3	9,0	6,3
Lesen	6,3	6,1	7,5
Naturwissenschaften	11,2	10,9	8,1

(a) Je höher der Wert ist, desto besser gelingt es, leistungsschwächere Schüler/innen zu fördern und zu integrieren bzw. starke Leistungsabfälle zu vermeiden. Die absolute Größe ist schwer zu interpretieren und hängt stark vom gewählten Schwellenwert ab. Entscheidend ist bei diesen Werten der Vergleich zwischen den Regionen.

(b) Je höher der Wert ist, desto besser gelingt es, Begabungen zu fördern.

Tabelle 3: Einflussfaktoren auf die Testleistungen

	Mathematik	Lesen	Naturwissensch.
EU15			
höchste Bildung der Eltern (a)	0,30	0,28	0,31
höchste berufl. Position der Eltern (b)	0,36	0,34	0,36
Migrationshintergrund (c)	-0,15	-0,17	-0,18
Buben (d)	0,05	-0,18	0,02
EU20			
höchste Bildung der Eltern (a)	0,30	0,28	0,31
höchste berufl. Position der Eltern (b)	0,36	0,34	0,36
Migrationshintergrund (c)	-0,13	-0,15	-0,16
Buben (d)	0,05	-0,18	0,02
USA			
höchste Bildung der Eltern (a)	0,27	0,24	0,25
höchste berufl. Position der Eltern (b)	0,32	0,30	0,32
Migrationshintergrund (c)	-0,10	-0,12	-0,12
Buben (d)	0,03	-0,16	0,02

Produkt-Moment-Korrelationen

(a) Ein positiver Wert bedeutet, dass Schüler/innen, deren Eltern eine höhere Bildung haben, bessere Testleistungen erbringen. Je höher der Wert ist, desto stärker ist der Zusammenhang.

(b) Ein positiver Wert bedeutet, dass Schüler/innen, deren Eltern eine höhere berufliche Position haben, bessere Testleistungen erzielen. Je höher der Wert ist, desto stärker ist der Zusammenhang.

(c) Ein negatives Vorzeichen bedeutet, dass Schüler/innen mit Migrationshintergrund schlechtere Testleistungen erbringen. Je negativer der Wert ist, desto stärker ist der Zusammenhang.

(d) Ein negativer Wert bedeutet, dass Buben schlechtere Testleistungen erbringen; ein positiver, dass Mädchen schlechtere Testleistungen erzielen. Je positiver oder negativer der Wert ist, desto stärker ist der Zusammenhang.

Fazit

Die EU schneidet hinsichtlich der durchschnittlichen Testleistungen in Mathematik und in den Naturwissenschaften in PISA 2003 im Vergleich zu den USA besser ab. Der EU gelingt es besser, Begabungen in diesen beiden Bereichen zu fördern. Hinsichtlich des Lesens und der Integration von leistungsschwächeren Schüler/innen bzw. der Vermeidung von Leistungsabfällen zeigen beide Regionen in etwa dasselbe Ergebnis.

Sowohl in der EU als auch in den USA besteht eine erkennbare Abhängigkeit der Testleistungen von askriptiven Merkmalen, insbesondere von der Bildung und der beruflichen Position der Eltern. Für beide Weltregionen stellt sich damit die Herausforderung, Kindern unabhängig von ihrer Herkunft dieselben Chancen für ihre Zukunft zu eröffnen.

Ein Vorbild zur Reduktion der Abhängigkeit von der sozioökonomischen Herkunft innerhalb der EU könnte Finnland sein. Im deutschsprachigen Raum muss sich hierzu erst eine entsprechende Diskussionskultur entwickeln, bis dato wird Bildungspolitik unabhängig von Sozialpolitik gesehen.¹⁶ Während in den USA Chancengleichheit als Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines liberalen, demokratischen Staa-

tes gesehen wird, zeigt sich vor allem im korporatistisch verfassten Österreich das Fehlen einer Schwerpunktsetzung in diesem Bereich.

Die Forderung des Europäischen Rates nach Gerechtigkeit soll auch in Österreich umgesetzt werden, obwohl das Bildungsministerium während der EU-Ratspräsidentschaft dieses Thema nicht in den Vordergrund stellte.¹⁷

„Die Systeme gerecht zu gestalten – das bedeutet, sicherzustellen, dass die Ergebnisse und der Nutzen der allgemeinen und beruflichen Bildung unabhängig sind vom sozioökonomischen Hintergrund und von anderen Faktoren, die zu Benachteiligungen in der Bildung führen könnten. Die Systeme sollten allen offen stehen und der Lernweg der Bürger sollte sich nach ihren individuellen Bildungsbedürfnissen richten.“¹⁸

*Johann Bacher
Bettina Leibetseder
Universität Linz*

Anmerkungen

- 1 Rifkin 2004: 92
- 2 Rat der Europäischen Union 2001
- 3 Rifkin 2004: 92
- 4 Sunderman 2006: 14
- 5 National Commission on Excellence in Education 1983
- 6 U.S. Department of Education 2004
- 7 U.S. Department of Education, o.J.
- 8 OECD 2004: 356
- 9 OECD 2004: 163, 383. Angemerkt sei, dass in den USA die Unterschiede zwischen den Schulen gering sind. Nur 25,7% der Leistungsdifferenzen sind hierauf zurückzuführen. (OECD 2004: 383)
- 10 Die Standardfehler der durchschnittlichen Testleistungen betragen 0,62 (EU-15) bzw. 0,57 (EU-20) (eigene Berechnungen auf der Grundlage der effektiven Stichprobengröße eff_3 , OECD 2005: 179–181). In den USA ist die Stichprobe dagegen vergleichsweise klein. Die Standardfehler der durchschnittlichen Testleistungen betragen 2,9 (Mathematik; OECD 2004: 356), 3,1 (Naturwissenschaften; OECD 2004: 448) und 3,2 (Lesen; OECD 2004: 444). D.h., dass Differenzen unter 7,6 in Tabelle 2 ($=2*3,2+2*0,62$) nicht interpretiert werden sollten.
- 11 Hochgerechnete Grundgesamtheit, OECD 2004: 321,

- Table A3.1, Spalte 8.
 12 OECD 2004: 321
 13 Hochgerechnete Grundgesamtheit, OECD 2004: 321, Table A3.1, Spalte 8.
 14 Siehe dazu für die USA Bacher (2005), wo über eine Evaluationsstudie aus den USA berichtet wird. Es zeigt sich, dass die Schule im Primärbereich das Wachstum von Leistungsdifferenzen eindämmen kann. Erklärt wird dies durch die Mindeststandards. In den Ferien steigen dagegen die Leistungsunterschiede zwischen Kindern mit schlechten und jenen mit guten Herkunftsvoraussetzungen.
 15 Eine andere Möglichkeit wäre die Verwendung der von der OECD festgelegten Kompetenzniveaus (z.B. OECD 2004: 53) gewesen.
 16 Opielka 2004, 201
 17 http://www.eu2006.at/de/Policy_Areas/Education_Youth_and_Culture/Education.html
 18 Rat der Europäischen Union 2006: 16

Literatur

- Bacher, J. 2005: Reduziert die Schule Ungleichheit? Kontraste, Heft 5, S. 30-32.
 Haider, G./Reiter, C. (Hg.) 2004: PISA2003. Internationaler Vergleich von Schülerleistungen. Nationaler Bericht. Graz
 National Commission on Excellence in Education 1983: A Nation at Risk. The Imperative for Educational Reform. <http://www.ed.gov/pubs/NatAtRisk/index.html>
 OECD (ed.) 2004: Learning for Tomorrow's World. First Results From PISA 2003. Paris

- Opielka, M. 2004: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek bei Hamburg
 Rat der Europäischen Union 2001: Bericht des Rates (Bildung) an den Europäischen Rat über „Die konkreten künftigen Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung“ (5680/01 EDUC 23). http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/rep_fut_obj_de.pdf
 Rat der Europäischen Union 2006: Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung. Ein elementarer Beitrag zu Wohlstand und sozialem Zusammenhalt in Europa. Gemeinsamer Zwischenbericht 2006 des Rates und der Kommission über die Fortschritte im Rahmen des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“. (7022/06 EDUC 49 SOC 112) http://www.bmbwk.gv.at/europa/bildung/abb2010/abb2010_zwb06.xml
 Rifkin, J. 2004: Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt am Main
 Sinn, H.W. 2005: Ist Deutschland noch zu retten? 3. Auflage, Berlin
 Sunderman, G. 2006: The Unraveling of No Child Left Behind. How Negotiated Changes Transform the Law. <http://www.civilrightsproject.harvard.edu>
 U.S. Department of Education 2004: Overview. Four Pillars of NCLB. <http://www.ed.gov/nclb/overview/intro/4pillars.html> Zugriff am 10. Mai 2006
 U.S. Department of Education, o.J.: Map of the U.S. Education System. <http://www.ed.gov/about/offices/list/ous/international/usnei/us/edlite-map.html>

„Das Private ist politisch!“

Zur diskreten Diskriminierung im Alltag

Eine Wäscherei in Linz-Urfahr wirbt im Schaufenster mit dem Angebot, Hemden um 1,45 Euro zu reinigen und zu bügeln. Auf Anfrage erfahre ich, dass selbiges Procedere für Blusen und somit für Frauen mehr als das Doppelte kostet. Warum? Nach einer Überlegungspause kommt das Argument, dass Blusen kleiner als Hemden und daher aufwändiger, d.h. händisch zu bügeln seien. Und Kinderhemden? Da weiß die Verkäuferin keine Antwort.

Ein Einzelfall? Möglich. Fest steht, dass die Kosten für diese Dienstleistung auf Basis der Differenzierung von Mann/Junge/Hemd bzw. Frau/Mädchen/Bluse getroffen wird. Die Argumentationslinie verläuft entlang „typisch weiblicher“ und „typisch männlicher“ Körpergröße und dem damit assoziierten Arbeitsaufwand. Obwohl argumentativ nicht haltbar, dient das

biologische Geschlecht als Legitimierung für die unterschiedliche Preissetzung.

Angeregt von diesem subjektiven Erlebnis habe ich mit einzelnen Personen über die subjektive Betroffenheit von Alltagssexismus und -diskriminierung diskutiert. Und tatsächlich hatten alle, unabhängig ob Mann oder Frau, individuelle Erlebnisse und Erfahrungen parat. Einige Beispiele?

Geschlecht als Legitimierungsfaktor für einen höheren Preis wurde in den Diskussionen auch in Zusammenhang mit der Dienstleistung des Haarschneidens angeführt. Je nachdem, ob Frauen- oder Männerkopf, variieren die Kosten für eine Frisur in einzelnen Haar- oder Frisurstudios.

Offensichtlich wirken auch Beschilderungen und bauliche Maßnahmen. Angeführt wurde, dass im Linzer Hauptbahnhof ein Wartesaal mit Spielgeräten für Kinder eingerichtet ist. Obwohl vermutlich Eltern oder Personen in Begleitung von Kindern als Zielgruppe definiert werden können, trägt dieser Raum

die offizielle Bezeichnung „Mutter-Kind-Warteraum“. Diesbezügliche Aspekte finden sich auch bei Toiletten in öffentlichen Gebäuden. Sowohl Wickeltische als auch Toiletten für Menschen mit Beeinträchtigungen werden intuitiv mit Frauentoiletten verknüpft und verbunden. Kondomautomaten finden sich hingegen entweder auf Männertoiletten oder auf Frauen- und Männertoiletten.

Das Gefühl, in „Männerwelten und -bastionen“ einzudringen, haben Gesprächspartnerinnen vor allem dann, wenn es sich um handwerkliche Belange wie den Kauf von Autos oder deren Reparatur, die Sanierung von Wohnungen und die Besorgung von Materialien im Baumarkt handelt. Im Zentrum steht dabei das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden bzw. sich und die eigene Kompetenz in der jeweiligen Situation behaupten zu müssen.

Subtile Grenzziehungen verlaufen auch in puncto Alkoholkonsum. So erklärten mehrere Frauen, dass bei der Bestellung von Bier häufig nachgefragt werden würde, ob sie ein kleines oder großes Glas trinken möchten. Und wenn zwei Personen, eine männlichen und eine weiblichen Geschlechts, ein Lokal besuchen und ein Glas Bier sowie eine Tasse Kaffee bestellen, dann erhält mit hoher Wahrscheinlichkeit die Frau das antialkoholische Getränk.

Rück- und Ausblick

Noch zu Beginn des letzten Jahrhunderts kämpften und erstritten Frauen fundamentale Rechte. Öffentlich wurden beispielsweise anlässlich des Ersten Internationalen Frauentages im März 1911 Arbeitsschutzgesetze, das Wahl- und Stimmrecht, der Acht-Stunden-Tag, ausreichender Mutter- und Kinderschutz oder die Festlegung von Mindestlöhnen eingefordert.

Gegenwärtig sind diese Ziele für nahezu alle westlichen Demokratien erreicht und die Gleichheit vor dem Gesetz ist als Grundrecht verankert. Auch das Zusammenspiel von gesellschaftlichem Wertewandel, Sensibilisierung und Bewusstseinsförderung, aktiven Förder- und Gleichstellungsmaßnahmen sowie etablierter Forschung und Diskurse im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung in den letzten Jahrzehnten wirkte positiv auf die Partizipation von Frauen in allen Gesellschaftsbereichen aus.

Daraus abzuleiten, dass eine de facto-Gleichstellung erreicht sei, ist jedoch ein Trugschluss. Zu sehr sind Erwartungshaltungen, Rollenvorstellungen und Klischees noch immer mit „Mann-Sein“ und „Frau-Sein“ verknüpft und in den Köpfen verhaftet. Rein quanti-

tativ ist diese Tatsache in nahezu allen Statistiken belegt und die Unterrepräsentanz von Frauen in allen öffentlichen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur) oder die auseinanderklaffende Einkommensschere direkte Folge.

Trotz dieses Wissens sind die individuelle Betroffenheit und die Wahrnehmung der subtilen alltäglichen Diskriminierung keine Selbstverständlichkeit. Alle oben angeführten Beispiele zeichnen sich dadurch aus, dass an die Grenzen der Geschlechtszuschreibungen gestoßen bzw. deren Quasi-Natürlichkeit in Frage gestellt wird. Als Erklärungsansatz hilft das Konzept des „doing gender“. Dieser wissenschaftliche Terminus meint nichts anderes, als dass die sozial und kulturell zugeschriebenen Geschlechtsrepertoires (gender) nicht nur historisch gewachsen sind, sondern auch in der täglichen Praxis stabilisiert und fortgeschrieben werden.

Un-doing gender

„Doing gender“ impliziert somit die eigene, individuelle Beteiligung und Verantwortung. Es steht frei, Zuschreibungen und Diskriminierungen auf allen Ebenen fortzuschreiben und zu stabilisieren. Es steht aber auch frei, diese zu hinterfragen und zu entlarven. Ist es möglich, durch selbstkritisches und reflektiertes Denken und Verhalten alltägliche bzw. subtile Grenzlinien im Sinne eines „un-doing gender“ aufzuzeigen, aufzuweichen und in weiterer Folge aufzubrechen?

Gewiss, diese Forderungen und Ziele unterscheiden sich von jenen der ersten Frauenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Aber sich trotz weitgehender de iure-Gleichstellung entspannt zurückzulehnen, kann nicht logische Konsequenz sein. Und es bedarf des Aufzeigens von alltäglicher Diskriminierung und beständigem Sexismus auch deswegen, da diese Stereotypen den vielfältigen Lebenskonzepten und -realitäten von Frauen und Männern nicht mehr entsprechen (können). In diesem Sinne erscheint der eingangs zitierte Leitspruch der Frauenbewegung aus den 1970er Jahren nach wie vor aktuell: „Das Private ist politisch!“

Lydia Thanner

Die Autorin war von 2001 bis 2003 Studienassistentin am Institut für Frauen- und Geschlechterforschung der Johannes Kepler Universität Linz und ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am LIQuA – Linzer Institut für qualitative Analysen.

Auszeichnungen für Studien zur Arbeitswelt

Jedes Jahr prämiert die AK Oberösterreich wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit den Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmer/innen bzw. der Geschichte der Arbeiterbewegung auseinandersetzen. Dieses Jahr wurde unter anderem eine Arbeit ausgezeichnet, die ein Gesundheitsprojekt der voestalpine Stahl GmbH bewertet. Die fünf Preisträgerinnen konnten sich über je 1.500 Euro freuen.

Bereits zum 23. Mal vergab die Arbeiterkammer Oberösterreich heuer den AK-Wissenschaftspreis. 54 Arbeiten wurden der Jury zur Beurteilung vorgelegt, die daraus die fünf besten ausgewählt hat. Das Themenspektrum der prämierten Arbeiten ist breit gefächert und reicht von der Evaluierung eines Gesundheitsprojektes der voestalpine Stahl GmbH bis hin zu den Auswirkungen einer Gesetzesnovelle des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG).

AK-Präsident Johann Kalliauer unterstrich in seiner Ansprache den Stellenwert, den die enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft für die AK hat. „Damit wir unsere Aufgabe als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfolgreich ausführen können, brauchen wir wissenschaftliche Grundlagenarbeit. Deshalb haben wir vor mehr als zwei Jahrzehnten den AK-Wissenschaftspreis ins Leben gerufen. Intern setzen wir Initiativen durch ein eigenes Wissenschafts- und Forschungsmanage-

ment. Und nach außen pflegen wir intensive Kontakte zur Universität Linz und anderen Forschungseinrichtungen“.

Die Preisträgerinnen und ihre Arbeiten

Nina Hickmann befasste sich in ihrer Diplomarbeit mit den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen des Pflegepersonals in der mobilen Pflege. In ihrer Arbeit untersucht die Halleiner Autorin unterschiedliche Varianten mobiler Pflegedienste. Im Mittelpunkt stehen arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen, wie die Gestaltung des Arbeitsvertrages, die Regelung des Entgelts und der Arbeitszeit für die mobilen Pfleger/innen.

Elisabeth Ringer verfasste eine Diplomarbeit zum Thema „Betrieblicher Gesundheitszirkel“. Die gebürtige Vöcklabruckerin studierte Erziehungs- und Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg und untersuchte in ihrer Arbeit das Projekt ‚Herausforderung – Gesund am Arbeitsplatz‘ in der voestalpine Stahl GmbH. Sie arbeitet dabei wesentliche Voraussetzungen heraus, die für die Durchführung erfolgreicher Projekte betrieblicher Gesundheitsförderung erfüllt sein müssen und analysiert, ob solche Projekte das Gesundheitsbewusstsein der Beschäftigten fördern.

Thema der Dissertation von Kristina Sonnleitner ist „Das Gebot der wirtschaftlichen Betrachtungsweise gemäß §539a ASVG“. In ihrer Arbeit widmet sich die in Leonding lebende Juristin einer Bestimmung des ASVG, die zum Ziel hat zu verhindern, dass immer mehr Unternehmen die Sozialversicherungspflicht umgehen – etwa durch den Abschluss von Werkverträgen. Neben der großen sozialpolitischen Bedeutung der Arbeit weist die Untersuchung auch einen anspruchsvollen theoretischen Hintergrund auf.



AK-Vizepräsident Josef Kronister freute sich mit den AK-Wissenschaftspreispreisträgerinnen Eva-Maria Waschnig, Elisabeth Ringer, Nina Hickmann, Hale Usak und Kristina Sonnleitner (v.l.n.r.)

Die Diplomarbeit von Hale Usak widmet sich dem Thema „Die Fremde wird die Heimat. Zur Psychologie der Migration“. Die Autorin ist in Bad Ischl als Tochter türkischer Einwanderer geboren. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit der Migrationsgeschichte von Frauen, die in den 1970er-Jahren als Pionierinnen der „Gastarbeit“ nach Österreich kamen.

„Der Verkauf der Ware Arbeitskraft am neoliberalen Arbeitsmarkt – mehr ‚liebenswürdiger Schein‘ als Sein?“ lautet der Titel der Diplomarbeit von Eva-

Maria Waschnig. Die Kärntner Psychologin setzt sich mit den aktuellen Veränderungen am Arbeitsmarkt auseinander und muss dabei feststellen, dass Arbeitnehmer/innen sich am Arbeitsmarkt immer stärker verkaufen müssen.

Quelle: AK-Mediendienst Nr. 9297, Linz, 19.05.2006.

Kontakt: Dr. Sabine Naderer, Tel. 050/6906-2178;

Mail: sabine.naderer@ak-ooe.at

Social Inclusion Policy – Das belgische Modell

Im Jahr 2002 trat in Belgien ein neues Gesetz zur sozialen Eingliederung in Kraft, das „Droit à l'integration sociale“. Bei einem europäischen Peer-Review im November 2005 wurde über Ziele und erste Erfahrungen drei Jahre danach berichtet.

Belgien wird – ebenso wie Österreich – zu den konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten gezählt. Der Zugang zu sozialen Transfers im Risikofall erfolgt primär über die Sozialversicherung, Sozialhilfe spielt im Sicherungssystem wie auch hierzulande nur eine marginale, aber zunehmend wichtigere Rolle.

Vergleichbar mit den österreichischen Sozialhilfegesetzen wurden in den 1970er Jahren zwei Gesetze (das sog. Minmex-Gesetz sowie das Gesetz Aid Sociale) verabschiedet, die einen Anspruch auf Geld-, Dienst- sowie Sachleistungen für jene (arbeitswilligen) Personen festlegen, deren Einkommen unterhalb eines bestimmten Richtsatzes liegt. Im Laufe der 1990er Jahre wurden im Rahmen dieser Gesetze Aktivierungsmaßnahmen implementiert, die auf lokaler Ebene durch Sozialzentren (CPAS) durchgeführt und für Personen unter 25 Jahre verpflichtend vorgesehen wurden. Durch zunehmende Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, und die damit verbundene steigende Gefahr sozialer Ausgrenzung wurde das bestehende System einschließlich der Wirksamkeit der Arbeit der Arbeitsämter in Frage gestellt. Dies hat im Jahr 2002 zum neuen Gesetz zur sozialen Eingliederung geführt, das Armutsfallen vermeiden und verstärkt soziale Aktivierung ermöglichen soll. Ziel ist es, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Integration zu erreichen und – wenn möglich – Chancen auf bezahlte Arbeit zu eröffnen.

Integrationsverträge

Mit arbeitsfähigen und arbeitswilligen KlientInnen werden in den kommunalen Sozialzentren (CPAS) Jobmöglichkeiten ausgelotet und Strategien der Arbeitssuche, sei es am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt, erarbeitet. Bei Personen, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes (noch) nicht gewachsen sind, wird im Vorfeld mit der Methode des Case Managements versucht, Barrieren der Sozial- und Arbeitsmarktintegration abzubauen (z.B. Lösung von Wohnungsproblemen, Verschuldung etc.). Für Personen unter 25 Jahre ist – wie schon bei der früheren gesetzlichen Regelung – eine verpflichtende Teilnahme am Integrationsprogramm innerhalb der ersten drei Monate nach Antragstellung gesetzlich verankert.

In den lokalen Sozialzentren wird zum einen fallbezogene, unterstützende Sozialarbeit geleistet, zum anderen werden dort sogenannte „Integrationsverträge“ vereinbart, die von einer finanziellen Unterstützung für Drop-outs im schulischen oder universitären System zum Nachholen der fehlenden Qualifikation bis hin zur direkten Beschäftigung in einem geschützten Bereich durch das Sozialzentrum reichen können. Da der Staat Belgien dabei zumindest die Hälfte der anfallenden Kosten übernimmt (den Rest teilen sich Regionen und Kommunen), konnte der Anteil der Personen in Integrations- und Aktivierungsmaßnahmen, die wie erwähnt von der Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt über Training und Qualifizierung, Beschäftigung bei NGOs oder in den Sozialzentren bis hin zum Erwerb des Pflichtschulabschlusses reichen, in den letzten drei Jahren von sechs auf 15 Prozent erhöht werden. Da der Großteil der Maßnahmen in den Sozialzentren angesiedelt und Evaluierungen noch nicht ausreichend verfügbar sind, können allerdings bislang zur nachhaltigen Sozial- und Arbeitsmarktintegration noch keine Aussagen getroffen werden.

Christine Stelzer-Orthofer

Beiträge zu einem anderen Verständnis von Integration

Ausgehend vom angloamerikanischen Raum entwickelte sich "Inclusion" ab Ende der 1980er Jahre zum pädagogischen Fachbegriff und gewann seit der von der UNESCO einberufenen Salamanca-Konferenz 1994 zunehmend an internationaler Bedeutung. Inklusion will nicht nivellieren, sondern die vielfältigen Formen menschlichen Daseins fördern. Die wichtigsten Prinzipien inklusiven Unterrichts bestehen darin, Unterrichtsvoraussetzungen herzustellen und zu gewährleisten, die alle Schülerinnen und Schüler in den gemeinsamen Unterricht einschließen und gleichberechtigt daran teilhaben lassen. Inklusion stellt sich somit bewusst der Herausforderung der Heterogenität.

Inklusive Pädagogik geht von der Anerkennung des Individuums und von der Beachtung der Individualität des einzelnen Kindes aus. Sie hat damit die Aufgabe, individuelle Entfaltung in Form entwicklungsbegleitender Maßnahmen zu ermöglichen. Die Umsetzung von Inklusion fordert den grundsätzlichen politischen Willen hierzu und damit eine Abkehr von einer ausgrenzenden Denk-, Lebens- und Handlungsweise hin zu einem Bewusstsein, das die Verschiedenheit aller Menschen als bereichernden Wert anerkennt und gesetzlich absichert.

Der vorliegende Band "Inklusive Pädagogik" umfasst theoretische Ausführungen und praktische Erläuterungen zu verschiedenen, in Zusammenhang mit dem Inklusionskonzept in der Pädagogik stehenden Themen. Das Buch umfasst Beiträge von 29 AutorInnen aus dem deutschsprachigen Raum und behandelt im Anschluss an die Definition und Deskription Inklusiver Pädagogik Themenbereiche wie Welt- und Menschenbild(er), Voraussetzungen, Standards und Qualitätskriterien der inklusiven Pädagogik, entsprechende didaktische Ansätze sowie Erfahrungsberichte aus der Praxis. Enthalten sind zudem Beiträge zur Notwendigkeit der Inklusion aus Sicht betroffener Menschen.

Grubich, Rainer u.a.:

Inklusive Pädagogik: Beiträge zu einem anderen Verständnis von Integration

Verlag Edition Innsalz, Aspach 2005

Europa in der Krise

Die EU steckt in der Krise: Das Vertrauen der Menschen in die Union schwindet. In fast jedem Mit-

gliedsland formieren sich Anti-EU-Initiativen, die Zahl derer, die dem vereinten Europa skeptisch gegenüberstehen, ist in den Kernländern so hoch wie nie zuvor. Die Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden scheiterten klar.

Warum steckt der Prozess der europäischen Integration in der Krise? Was ist aus dem einstigen Friedensprojekt geworden – war die EU jemals eines?

Immer mehr Menschen erleben, wie die Vision vom Vereinten Europa in der Realität zu einer unsozialen Freihandelszone verkommt. Statt des versprochenen Wohlstands für alle nehmen Arbeitslosigkeit, Armut und Zukunftsängste dramatisch zu.

„Das kritische EU-Buch“ zeigt, wer die Politik in Brüssel macht – und für wen. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat 20 Autorinnen und Autoren aus mehreren Ländern eingeladen, um die großen Probleme, welche die Europäische Union in die Krise gebracht haben, zu analysieren: vom blinden Standortwettbewerb und Steuerwettbewerb über die schlechende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bis hin zum europaweiten Sozialabbau. Angesprochen werden weiters die Atompolitik, die Gentechnikfrage, Tendenzen in Richtung Polizeistaat und vieles mehr. Das Buch zeigt, was schiefläuft, welche Alternativen es gibt und wie nach Ansicht der Autor/innen eine echte Umwelt-, Sozial- und Friedensunion aussehen könnte.

Autor/innen sind u.a. der Bremer Ökonom und Politologe Jörg Huffs Schmid, die holländischen Lobbyismus-Experten Olivier Hoedeman und Erik Wesselius, der Wiener Verkehrsplaner Hermann Knoflacher, Der Wirtschaftswissenschaftler Markus Marterbauer, der Publizist Christian Felber und die Journalistin Corinna Milborn.

„Kenner der Analysen, Argumentationen und Aktionen von Attac finden sich in dem Buch auf vertrautem Terrain. Anderen Lesern dürfte sich manche neue europapolitische Perspektive eröffnen“, etwa auf dem Gebiet der Verkehrspolitik, befindet der TAZ-Rezensent Hans Arnold. Er hält den vorliegenden Sammelband für „ein wichtiges Buch zum richtigen Zeitpunkt, dem man ... breite Resonanz wünschen möchte“.

Attac (Hg.): Das kritische EU-Buch.

Warum wir ein anderes Europa brauchen

Deuticke Verlag, Wien 2006

318 Seiten, EUR 19,90

Werthaltungen im Wandel

Österreichs Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in einem tiefgreifenden Wandel, so die Grundaussage der in Buchform erschienenen sozialwissenschaftlichen Untersuchung „Österreich zur Jahrhundertwende – Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986-2004“. Der Studie zufolge führen vor allem steigende Bildung, Änderungen im Heirats- und generativen Verhalten und die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen zu Umwälzungen der Sozialstruktur und der Wertorientierung.

Am deutlichsten zeigt sich das im Bereich Ehe und Familie, wo die traditionelle Rollenaufteilung (Mann als Ernährer, Frau als Hausfrau) immer deutlicher an Boden verliert und alternative Formen des Zusammenlebens zunehmend Akzeptanz finden. Das gelte auch für unkonventionelle Formen sexueller Orientierung, weiters für Schwangerschaftsabbrüche. Die Österreicher hätten zudem eine zunehmend entspanntere Auffassung von Rechten und Pflichten in der Partnerschaft, so der Grazer Soziologe und Mit-herausgeber des Bandes, Max Haller gegenüber dem ORF. Dennoch sind Elemente der Partnerbeziehung wie sexuelle Treue und Kinderwunsch, die vordem nur mit der Ehe assoziiert wurden, nach wie vor sehr wichtig, betont Haller. Ein anderer Indikator für den konstatierten gesellschaftlichen Wandel ist der Umstand, dass Freizeit und Freunde im Laufe des untersuchten Zeitraumes (1986-2003) deutlich an Bedeutung gewonnen haben. Das sei vor allem im Zusammenhang mit den gestiegenen Einkommen und der Verkürzung der Arbeitszeit zu sehen. Dennoch haben sowohl Familie und Kinder wie auch Arbeit und Beruf nicht an Bedeutung verloren, wohl aber der Respekt vor Autorität. Denn die Österreicher sind der Studie zufolge zunehmend kritischer und weniger obrigkeitgläubig geworden. Das gelte vor allem auch für den Bereich Politik und öffentliches Leben, wo eine deutliche Abnahme autoritärer politischer Orientierungen verzeichnet wurde.

Die Untersuchung basiert auf drei sozialwissenschaftlichen Erhebungen aus den Jahren 1986, 1993 und 2003. Die letzten Erhebungen wurden Anfang 2004 vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) unter 2.000 Österreicher/innen durchgeführt.

*Wolfgang Schulz, Max Haller, Alfred Grausgruber:
Österreich zur Jahrhundertwende – Gesellschaftliche
Werthaltungen und Lebensqualität 1986-2004
Verlag für Sozialwissenschaften
Wien 2005, EUR 39,90*

Keine Zeit für innovative Arbeitspolitik?

Das Kurzfristedenken hat in den letzten Jahren längst auch die Arbeit eingeholt: Unternehmen und Mitarbeiter werden vom Markt gesteuert, Quartalsberichte bestimmen die Orientierung. Innovative Arbeitspolitik, welche die Nutzung, Erhaltung und Weiterentwicklung des menschlichen Arbeitsvermögens zum Ziel hat, findet zurzeit wenig Interesse in Wirtschaft und Politik. Dem hält das Institut Arbeit und Technik (IAT/Gelsenkirchen) eine neue Veröffentlichung entgegen: „Das Politische in der Arbeitspolitik“ zeigt eine Reihe von Ansatzpunkten für eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung auf. Der Band versammelt Beiträge aus verschiedenen Fachdisziplinen und stellt das Spektrum des Forschungsschwerpunktes Arbeitszeit und Arbeitsorganisation am IAT vor.

Angesichts der Tatsache, dass die einen durch Stress und lange Arbeitszeiten verschlissen und krank werden, andere gar keine Arbeit haben, wird immer wieder „Vorrang für Arbeit“ gefordert. Aber Vorschläge für veränderte – nicht unbedingt bessere – Arbeitsbedingungen zielen heute meist lediglich auf die Sicherung akut bedrohter Arbeitsplätze und die Stärkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, kritisieren die IAT-Wissenschaftler. Welche menschlichen Ressourcen ein Unternehmen oder das ganze Land brauchen, um zukunftsfähig zu sein, tritt in den Hintergrund.

Der erste Teil des Buches setzt sich mit der gegenwärtigen Praxis der betrieblichen Arbeitsgestaltung auseinander. Die Beiträge ziehen unter anderem eine Bilanz der Organisationsveränderungen seit den 1990er Jahren, schildern Erfahrungen bei der Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle, das Verhältnis von Autonomie und Belastung durch neue Arbeitsformen und den Einfluss von Markt und Organisation in der Dienstleistungsarbeit. Im zweiten Teil werden Reformbedarf und -möglichkeiten etwa auf den Feldern der Arbeitszeitpolitik, der Betriebsratsarbeit und der Anpassung des Sozialstaats an die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit erörtert.

Der Herausgeber, Steffen Lehndorff, ist Direktor des Forschungsschwerpunktes Arbeitszeit und Arbeitsorganisation am Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen.

*Lehndorff, Steffen (Hg.):
Das Politische in der Arbeitspolitik: Ansatzpunkte für
eine nachhaltige Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung.
Berlin 2006, Edition Sigma, EUR 19,90 (D)*

„Wannst net brav bist, kommst ins Heim...“

Von der Korrekptionsbaracke zum sozialpädagogischen Jugendwohnheim – eine Ausstellung

Linz-Wegscheid, in den fünfziger und sechziger Jahren zeitweise das „härteste Heim“ Österreichs, hat sich mittlerweile zu einem modernen sozialpädagogischen Jugendwohnheim entwickelt, in dem durch die Kooperation von Experten und erfahrenem Personal Konzepte zur Bewältigung der Lebenssituation dissozialer Jugendlicher entwickelt und erprobt werden. Nicht nur der pädagogische Zugang ist ein anderer geworden, auch der Stellenwert, den die Gesellschaft der Thematik zuwendet, hat sich verändert. Die Grundproblematik der Einrichtung ist allerdings gleich geblieben – Integration oder Ausgrenzung.

Die Ausstellung gibt durch Bilderfolgen und Texte einen Einblick in die Geschichte des Heims. Arbeiten des Malers Othmar Zechyr, der „Zögling“ in Wegscheid war, sollen die Befindlichkeit eines Betroffenen deutlich machen. Terminals, Videoinstallationen und Modelle ergänzen die Darstellung der Bedeutung von Themen wie Ordnung, Gesellschaft, Integration und Jugend bis in die jüngste Vergangenheit.

*Sozialpädagogisches Jugendwohnheim Linz des Landes OÖ, Bäckermühlweg 39, Linz Wegscheid
Besichtigungsmöglichkeit nach Vereinbarung. Telefonische Anmeldung bei Frau Schützner unter 070/380651*

Gute Medien – Böser Krieg?

Das österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) veranstaltet Anfang Juli die 23. Internationale Sommerakademie zum Thema „Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus.“ Ausgehend von der problematischen Rolle der Medien im Irakkrieg 2003 („embedded journalists“) werden eine Woche lang in Vorträgen, Diskussionsrunden und Workshops verschiedene Aspekte des Themas Medien und Krieg beleuchtet. Repressionen gegenüber kritischen Journalisten und gängige Manipulationsmechanismen werden ebenso aufgezeigt und erörtert wie Möglichkeiten einer differenzierten und konfliktsensitiven Berichterstattung. Referent/innen sind u.a. Gerald Mader (ÖSFK), Tomas Seifert (Die Presse), Karin Kneissl (Nahostexpertin), Heinz Loquai (Brigadegeneral a.D.), Aktham Suliman (Al Jazeera), Fritz Hausjell (Uni Wien).

*Termin und Ort: 9. bis 14. Juli 2006, Burg Schlaining, Burgenland
Information und Anmeldung: Heidi Pock am ÖSFK in Stadtschlaining. Tel. 03355 / 2498 – 502, Fax DW 2662, e-mail: aspr@aspr.ac.at bzw. Thomas Roithner in der ÖSFK-Außenstelle Wien. Tel. 01 / 79 69 959, Fax 01 / 79 65 711, e-mail: aspr.vie@aspr.ac.at*

2. Europäische Sommer-Universität der Arbeit

Altes und Neues Europa: Strukturwandel der Arbeit zwischen EU-Erweiterung, Mobilität und Demographischem Wandel

Die Themen der Sommer-Universität der Arbeit orientieren sich an vier zentralen Fragestellungen:

- Arbeit, Beschäftigung, Interessen: Welche neuen Herausforderungen ergeben sich aus veränderten Werten?
- Neue Lebensentwürfe und Geschlechterverhältnisse: Wie verändern sich Europas Erwerbsmodelle?
- Mobilität der Arbeit(splätze): Wer übernimmt Verantwortung bei der Entwicklung von Beschäftigungsfähigkeit und Qualifikationen?
- Demographischer Wandel und ethnische Vielfalt: Bedrohung oder Chance für die Gestaltung der Arbeit?

Das Angebot umfasst Vorträge, programmatische Reden, Workshops, Exkursionen, Kommunikationsforen und ein kulturelles Begleitprogramm. Die unterschiedlichen professionellen, sozialen und kulturellen Hintergründe der Teilnehmenden werden bewusst einbezogen.

*Ort: Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg, Lotharstr. 63, D-47057 Duisburg
Termin: 31. August bis 02. September 2006
Aktuelle Informationen und Möglichkeit der Online-Anmeldung unter <http://www.esuda.de>*

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453